

Antwort**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Yvonne Ploetz, Jutta Krellmann, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11639 –**

Situation Jugendlicher und junger Erwachsener zu Beginn des Erwerbslebens**Vorbemerkung der Fragesteller**

Die Jugend stellt eine eigene, wichtige Lebensphase dar, in der Jugendliche sich auf die Anforderungen des Erwachsenenstatus vorbereiten, ihre eigene Identität entdecken, ihren Platz in der Gesellschaft definieren und Selbstvertrauen, Handlungsfähigkeit, Autonomie, Stärke und Solidarität erlernen. Die neoliberal ausgerichtete Politik der derzeitigen Regierung verhindert jedoch, dass die jungen Menschen die verschiedenen Entwicklungsaufgaben bestmöglich bewältigen können. Erhöhte Anforderungen an junge Menschen durch Individualisierung und Flexibilisierung sowie der sozialstaatliche Perspektivenwechsel hin zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat verstärken die Tendenz zu einer Prekarisierung größerer Bevölkerungsteile. Das Ergebnis: Armut ist mittlerweile ein weit verbreitetes Phänomen, von dem insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene bedroht sind. Die Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt in Deutschland bei 18,2 Prozent, die der 18- bis 25-jährigen sogar bei 22,7 Prozent (Statistische Ämter des Bundes und der Länder) und damit deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung (14,5 Prozent). Die Folgen von Armut im Jugendalter sind erschreckend. Armut wirkt sich äußerst negativ auf das schulische Leistungsvermögen junger Menschen aus.

Es entsteht eine zunehmende Diskrepanz zwischen dem eigenen Leben und einer Normalvorstellung von Übergang, die immer noch institutionell – in Schulen, im Ausbildungssystem, bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern – verankert ist. Übergänge von Schule in Beruf, von Jugend ins Erwachsenenalter verlaufen in Brüchen. Junge Menschen haben mit großen Unwägbarkeiten beim Berufseinstieg, insbesondere nach der Ausbildung zu kämpfen. Jugendliche und junge Erwachsene übernehmen die „Vorreiterrolle“ bei Befristungen, Niedriglöhnen oder der Leiharbeit.

Weitere Probleme ergeben sich aus der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sobald sich unter 25-Jährige im Hartz-IV-Bezug befinden, werden sie durch Sonderregelungen diskriminiert. Die jungen Erwachsenen werden in die Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern eingemeindet und werden besonders häufig und hart sanktioniert.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 3. Januar 2013 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die erfolgreiche berufliche Eingliederung ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Dank der günstigen Wirtschaftslage, des dualen Systems der Berufsausbildung „Made in Germany“, auf das viele andere Staaten schauen, der umfassenden Unterstützungsangebote der Arbeitsförderung und der Grundversicherung für Arbeitsuchende für junge Menschen und des Ausbildungspakts hat Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Union. Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 mehr als halbiert worden. Die niedrige durchschnittliche Dauer der Jugendarbeitslosigkeit von 21,1 Wochen – im Verhältnis zu 67 Wochen bei allen Arbeitslosen – zeigt, dass auch der Übergang an der Schwelle von Ausbildung in Arbeit zu einem erheblichen Teil von verhältnismäßig kurzer Sucharbeitslosigkeit geprägt ist. Ergänzend wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Perspektiven junger Beschäftigter auf dem Arbeitsmarkt“ (Bundestagsdrucksache 17/9679) verwiesen.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Fragesteller nicht, dass junge erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch Sonderregelungen in der Grundversicherung für Arbeitsuchende – Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) diskriminiert würden. Vielmehr ist es – wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (Bundestagsdrucksache 17/6833) ausgeführt hat – gerade bei jüngeren Hilfebedürftigen besonders wichtig, eine Verfestigung der Hilfebedürftigkeit und die Gewöhnung an den Leistungsbezug zu verhindern. Zu Beginn des Berufslebens müssen die Weichen in Richtung des ersten Arbeitsmarktes gestellt werden. Deswegen muss besonders bei dieser Gruppe das Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ angewendet werden. Vor diesem Hintergrund sieht § 3 Absatz 2 SGB II vor, dass junge Leistungsberechtigte unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln sind. Wenn Leistungsberechtigte ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden können, soll die vermittelte Arbeit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beitragen. Auch die Sanktionsregelungen für unter 25-jährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind Ausdruck des gesetzgeberischen Willens, Jugendliche an den entscheidenden Stellen des Übergangs von Schule in Ausbildung und von Ausbildung in Arbeit intensiver als andere Personengruppen zu unterstützen und sie zu motivieren, diese Unterstützung auch anzunehmen und aktiv an ihrer Eingliederung in Arbeit mitzuwirken.

1. Wie viele junge Beschäftigte (15- bis 25-Jährige) sind von Armut bedroht?

Wie hoch ist dieser Anteil an allen jungen Beschäftigten (bitte nach Geschlecht, Behinderung, Migrationshintergrund, Branche und Bundesländern differenziert angeben)?

Wie haben sich diese Zahlen seit 2000 entwickelt?

Bei der statistischen Betrachtung der Verbreitung eines relativ niedrigen Einkommens (Armutrisikoquote) wird in der Regel die EU-weit festgelegte Konvention verwendet, wonach 60 Prozent des Medians des mit der neuen Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gewichteten Einkommens (Nettoäquivalenzeinkommen) als „Risiko-schwelle“ definiert werden. Ein Einkommen unterhalb des statistisch ermittelten Schwellenwertes ist nicht gleichbedeutend mit Armut oder individueller Bedürftigkeit. Würde sich das Einkommen aller Menschen verdoppeln, bliebe der Anteil der Menschen mit einem relativ geringen Einkommen gleich hoch. Bei der Interpretation der nachfolgenden Tabellen ist zu berücksichtigen, dass die Einkommen der Gruppe der jungen Erwachsenen geprägt sind von Ausbildung und Berufseinstieg. So verfügen junge Erwachsene im Vergleich zu ande-

ren Altersgruppen über hohe Teilhabechancen, während ihr statistisches Armutrisiko überdurchschnittlich ist. Bei einer dynamischen Betrachtung ist dort aber auch eine hohe Aufwärtsmobilität der Einkommen festzustellen.

Die Tabelle zeigt die aktuell verfügbaren Daten auf Basis der europaweiten amtlichen Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC = European Union Statistics on Income and Living Conditions). Eine Unterscheidung nach Behinderung, Migrationshintergrund, Branche oder Länder ist nicht verfügbar. Aus anderen Datenquellen liegen zu der Fragestellung keine Daten vor.

Armutrisikoquote von Arbeitnehmern im Alter von 18 bis 24 Jahren

Merkmal	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)			
Insgesamt	9,1	9,3	9,2
Männer	9,0	9,0	8,0
Frauen	9,2	9,7	10,8
Deutschland			
Insgesamt	11,3	10,6	9,7
Männer	9,6	10,4	9,3
Frauen	13,4	10,9	10,2

Angegeben ist das jeweilige Einkommensjahr. Die neueste Erhebung (EU-SILC 2011) bezieht sich auf die Einkommensverteilung 2010.

Quelle: EU-SILC, EUROSTAT-Datenbank

2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Absolventen und Absolventinnen, die nach ihrer Ausbildung oder ihrem Studium Praktika absolvieren?
 - a) Wie viele von ihnen haben Praktika nacheinander absolviert und
 - b) von welcher Dauer waren die einzelnen Praktika
 (bitte nach Absolventinnen und Absolventen schulischer, betrieblicher und außerbetrieblicher Berufsausbildungen, Bachelor und Master aufschlüsseln)?

Nach den Befragungen der Hochschul-Informationen-System (HIS) der Absolventenjahrgänge 2005 und 2009 ist der Anteil derjenigen, die nach dem ersten Studienabschluss ein Praktikum absolviert haben, zurückgegangen (FH von 12 Prozent auf 9 Prozent, Uni: von 15 Prozent auf 11 Prozent) (vgl. Thorsten Rehn et al: Hochschulabschlüsse im Umbruch, HIS-Forum Hochschule 17/2011). Laut einer Auswertung der bundesweit repräsentativen HIS-Absolventenbefragungen der Prüfungsjahrgänge 2005 und 2009 (Ausschussdrucksache 17(18)171) haben weniger als ein Viertel aller Praktikanten und Praktikantinnen (23 Prozent) nach dem Studium mehr als ein Praktikum absolviert (FH-Diplom 19 Prozent, FH-Bachelor 16 Prozent, traditioneller Uni-Abschluss 23 Prozent, Uni-Bachelor 29 Prozent). Das sind nur knapp 3 Prozent aller Absolventen und Absolventinnen des Prüfungsjahrgangs 2009. Mehr als zwei Praktika haben lediglich 6 Prozent der Hochschulabsolventen und -absolventinnen gemacht.

Laut dieser Auswertung dauern Praktika im Durchschnitt gut drei Monate (FH-Diplom 14,3 Wochen, FH-Bachelor 14,7 Wochen, traditioneller Uni-Abschluss 13,6 Wochen, Uni-Bachelor 14,5 Wochen). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Fachrichtungen werden ausführlich in den HIS-Absolventenbefragungen dargestellt (vgl. www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201117.pdf).

Über Praktika außerhalb von akademischen Studiengängen liegt keine repräsentative Erfassung vor. Die amtlich geführte Statistik kennt kein Element „Praktikum“. Die einzige der Bundesregierung vorliegende Studie, die nicht-akademische Praktika mit erfasst, besagt, dass lediglich 1 Prozent der Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung tatsächlich ein Praktikum absolvierte (vgl. Fuchs/Ebert, Internationales Institut f. empirische Sozialökonomie [inifes], Stadtbergen, 2008, S. 11).

3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Studie „Generation Praktikum 2011“, insbesondere dass 75 Prozent der Praktikantinnen und Praktikanten mit Hochschulabschluss vollwertige Arbeit geleistet haben, die fest in den Betriebsablauf eingeplant war?
 - a) Welche Zahlen liegen dazu der Bundesregierung für die letzten zehn Jahre vor?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Anteil der Praktikantinnen und Praktikanten, die einen schulischen, betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsabschluss oder keinen Berufsabschluss besitzen (bitte ebenfalls die Entwicklung der letzten zehn Jahre angeben)?

Nach eigenen Angaben der Autoren ist die Befragung der Studie „Generation Praktikum 2011“ hinsichtlich der Gesamthäufigkeit von Praktika nach Studienabschluss nicht repräsentativ (vgl. ebd. S. 43). Der Lerngehalt, eines der wesentlichen Ziele eines Praktikums, wird in der Auswertung der repräsentativen HIS-Absolventenbefragung (vgl. Ausschussdrucksache 17(18)171) mit 68 Prozent guten bzw. sehr guten Bewertungen positiv eingeschätzt. Seit 1989 wird die Situation beim Übergang von der Hochschule in den Beruf oder anderweitige Karrieren mit den HIS-Absolventenbefragungen beobachtet. Die Befragungen werden in einem 4-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Die Bundesregierung verweist darüber hinaus auf ihre Antwort zu Frage 2.

4. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Studie „Generation Praktikum 2011“, dass 40 Prozent der Praktikumsstellen für Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen unbezahlt sind?
 - a) Welche Zahlen liegen der Bundesregierung zu Praktikantenstellen für Hoch- und Fachschulabsolventen vor, und wer sind die Träger der Praktikantenstellen (bitte die Entwicklung der letzten zehn Jahre angeben)?
 - b) Wie hoch ist der Anteil bei Praktikantinnen und Praktikanten, die einen schulischen, betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsabschluss oder keinen Berufsabschluss besitzen, und wie hat sich dieser in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Mit der Befragung des Absolventenjahrgangs 2005 lagen im Jahr 2007 erstmals bundesweit repräsentative Daten zum Thema freiwilliges Praktikum nach dem Studium vor. Nach der Auswertung der repräsentativen HIS-Absolventenbefragung 2009 (vgl. Ausschussdrucksache 17(18)171) werden 30 Prozent der Praktika nicht vergütet.

Tab. 7 Vergütung von Praktika (in % bzw. in Euro, sofern vergütet)		
Fachrichtung und Abschlussart	Keine Vergütung	Mittelwert (Median) auf 10 € gerundet
Diplom FH	24	500
- MINT-Fächer	12	400
- Wirtschaftswiss.	17	700
- Sonstige	51	400
Universitätsabschluss trad.	34	500
- MINT-Fächer	31	650
- Geistes-/Sozialwiss.	29	460
- Wirtschaftswiss.	18	520
- Lehramt	63	300
- Sonstige	57	400
Bachelor FH	17	600
- MINT-Fächer	17	600
- Wirtschaftswiss.	12	800
- Sonstige	23	400
...bei weiterem Studium	15	750
...ohne weiteres Studium	18	600
Bachelor Uni	33	500
- MINT-Fächer	33	480
- Geistes-/Sozialwiss.	34	400
- Wirtschaftswiss.	17	750
- Sonstige	50	500
...bei weiterem Studium	36	500
...ohne weiteres Studium	30	410
Gesamt	30	500
HIS-HF Absolventenbefragung 2011		

Dabei gibt es Bereiche, bei denen unbezahlte Praktika häufiger vorkommen als in anderen, wie z. B. bei den sozialen Dienstleistungen (73 Prozent), Schulen (67 Prozent) im Bereich Kunst/Kultur (67 Prozent) und der allg. öffentlichen Verwaltung (77 Prozent).

Die Bundesregierung geht mit gutem Beispiel voran. Sie hat mit Wirkung vom 1. Dezember 2011 eine neue „Richtlinie des Bundes zur Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten (Praktikantenrichtlinie Bund)“ erlassen. Diese gilt für die in der Bundesverwaltung tätigen Praktikantinnen und Praktikanten, für die keine tarifvertraglichen Vorschriften bestehen. Es wird eine Vergütung von mindestens 300 Euro monatlich vorgegeben. Davon ausgenommen sind sehr kurze Praktika ohne Einbindung in den Arbeitsprozess und ohne verwertbaren Beitrag zum Arbeitsergebnis durch den Praktikanten oder die Praktikantin.

Die Bundesregierung verweist darüber hinaus auf ihre Antwort zu Frage 2.

Für Praktika, die außerhalb der Bundesverwaltung durchgeführt werden, haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Leitfaden „Praktika – Nutzen für Praktikanten und Unternehmen“ erarbeitet. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Zentralverband

des Deutschen Handwerks und der Bundesverband der Freien Berufe haben daran mitgewirkt.

Der Leitfaden richtet sich an Praktikantinnen und Praktikanten und an Unternehmen. Er fasst die Spielregeln für faire und verlässliche Praktika zusammen. Das schafft für die Praxis Rechtssicherheit. Der Leitfaden enthält Muster für Praktikumsverträge und er gibt Hinweise auf sozialversicherungsrechtliche Regelungen. Der Leitfaden ist auf den Internetseiten der Bundesministerien verfügbar (www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a742-Praktika-Nutzen-Praktikanten-Unternehmen.html)

5. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Studie „Generation Praktikum 2011“, dass der „Klebeffekt“ im Anschluss an ein Praktikum bei Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen bei lediglich 17 Prozent liegt?
 - a) Welche Zahlen der letzten zehn Jahre liegen der Bundesregierung zur Übernahme von Hoch- und Fachschulabsolventen nach dem Praktikum in eine befristete und eine unbefristete Anstellung vor?
 - b) Wie hat sich im gleichen Zeitraum der Anteil der übernommenen Praktikantinnen und Praktikanten, die einen schulischen, betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsabschluss oder keinen Berufsabschluss besitzen, entwickelt?

Eine direkte Übernahme in eine Anstellung ist grundsätzlich zu begrüßen, entspricht aber nicht der eigentlichen Qualifizierungs- und Orientierungsfunktion von Praktika. Nach der HIS-Absolventenbefragung dienen Praktika in den ersten Monaten nach dem Studium häufig auch zur Überbrückung bis zur Aufnahme einer regulären Erwerbstätigkeit oder eines Folgestudiums. Dennoch geben in der aktuellen HIS-Absolventenbefragung 21 Prozent der Fachhochschul- und 16 Prozent der Universitätsabsolvent und Universitätsabsolventinnen mit Bachelorabschluss an, dass der informelle Weg über Verbindungen aus Praktika oder der Abschlussarbeit zur ersten Stelle geführt habe.

Die Bundesregierung verweist darüber hinaus auf ihre Antwort zu Frage 2.

6. Sind der Bundesregierung folgende Forderungen bekannt, und wie steht sie zu diesen Forderungen:
 - Praktika als Lernverhältnisse definieren,
 - ein Recht auf einen schriftlichen Praktikumsvertrag mit konkreten Inhalten und Zielen,
 - Begrenzung der Praktika auf maximal drei Monate,
 - für junge Menschen mit Behinderung auch während der Praktika notwendige Nachteilsausgleiche bedarfsgerecht sowie Einkommens- und vermögensunabhängig gewähren,
 - Praktika rentenwirksam machen und
 - eine Mindestvergütung von 300 Euro/Praktikumsmonat verankern?

Hat die Bundesregierung die Absicht, diese Forderungen rechtlich bindend umzusetzen, und wenn nein, warum nicht?

Der Bundesregierung sind die genannten Forderungen bekannt. Sie wurden bereits am 21. September 2011 im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages abschließend behandelt. Das Praktikum ist bereits in § 26 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) als Qualifizierungsverhältnis definiert.

Eine angemessene Vergütung ist Praktikanten und Praktikantinnen außerhalb von Pflichtpraktika bereits nach § 17 BBiG gesetzlich zugesichert. Aus § 26 i. V. m. § 11 BBiG ergibt sich die Verpflichtung zu einer Praktikumsvereinbarung mit bestimmten Inhalten, die nicht zwingend schriftlich fixiert sein muss. Seitens der Bundesregierung wird die Schriftform allerdings empfohlen, um Missverständnissen und Streitfällen zuvorzukommen.

Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, die Höchstdauer von Praktika rechtlich auf drei Monate zu begrenzen. Dies würde auch nach der Bewertung von Fachleuten den differenzierten Bedürfnissen der Praktikanten und dem Lernziel vieler Praktika nicht gerecht.

Die Bundesregierung verweist darüber hinaus auf ihre Antwort zu Frage 4. Für die Bundesverwaltung wurden durch die Praktikantenrichtlinie Bund festgelegt, dass ein schriftlicher Praktikumsvertrag zu schließen ist. Die Dauer der freiwilligen Praktika in der Bundesverwaltung soll zwölf Wochen nicht überschreiten.

7. Werden Praktikumszeiten auf einen späteren Rentenanspruch angerechnet?

Wenn ja, in welcher Weise, und wenn nein, warum nicht?

Rentenversicherungspflicht besteht grundsätzlich für jeden Arbeitnehmer, der in einem abhängigen Arbeitsverhältnis eine mehr als geringfügige Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt oder zur Berufsausbildung – unabhängig davon, wie sie bezeichnet ist – ausübt. Das schließt unter den genannten Bedingungen neben Festanstellungen auch befristete Anstellungen ein, ebenso Ausbildungsverhältnisse, Praktika und Ferienbeschäftigungen.

Praktikanten, die auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrages für einen Arbeitgeber auf Weisung gegen Arbeitsentgelt tätig sind, sind daher grundsätzlich rentenversicherungspflichtig.

Eine Rentenversicherungsfreiheit kann sich allerdings daraus ergeben, dass solche Beschäftigungen häufig kurzfristige Beschäftigungen (weniger als zwei Monate) und/oder geringfügig bezahlte Beschäftigungen (monatliches Entgelt weniger als 400 Euro) sind.

Für diese beiden – unter dem Begriff geringfügige Beschäftigungen erfassten – Varianten besteht grundsätzlich Rentenversicherungsfreiheit bzw. künftig eine Befreiungsmöglichkeit bei einem Entgelt unter 450 Euro monatlich.

Nicht vergütete Praktika, z. B. von Schülern, erfüllen nicht das Merkmal einer „Beschäftigung“ im sozialversicherungsrechtlichen Sinne und sind daher rentenrechtlich nicht relevant. Spezifischer ist die Rechtslage in Bezug auf Praktika im direkten Zusammenhang mit einem Studium. Hier wird zwischen vorgeschriebenen und nicht vorgeschriebenen Praktika unterschieden.

In allen Fällen eines vorgeschriebenen Praktikums handelt es sich nach Auslegung der Spitzenverbände der Sozialversicherung um eine betriebliche Berufsbildung, die als Beschäftigung im Sinne der Sozialversicherung gilt und immer die Rentenversicherungspflicht nach sich zieht. Dies gilt nicht für Praktikanten, die an einer Fachschule oder Hochschule immatrikuliert sind, und ein in einer Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschriebenes Zwischenpraktikum während der Studiendauer absolvieren, das faktisch als Bestandteil des (versicherungsfreien) Studiums anzusehen ist. Ohne Einfluss auf die in diesem Fall bestehende Versicherungsfreiheit des Praktikums ist die Dauer eines solchen Praktikums, die wöchentliche Arbeitszeit während des Praktikums und die Höhe eines gegebenenfalls gezahlten Arbeitsentgeltes.

Vor- und Anerkennungspraktikanten sind dagegen rentenversicherungspflichtig, weil ihr Praktikum nicht integrierter Bestandteil des Studiums ist. Die versicherungs- und beitragsrechtlichen Sonderregelungen für geringfügige Beschäftigungen finden auf vorgeschriebene (Vor- und Nach-)Praktika keine Anwendung, da diese als betriebliche Berufsbildung angesehen werden.

Im Gegensatz zu den vorgeschriebenen Praktika stellen nicht vorgeschriebene Praktika nach Auffassung der Spitzenverbände der Sozialversicherung keine Berufsausbildung dar, da diese Praktika nicht zwingend im unmittelbaren Zusammenhang mit einer schulischen Ausbildung zur Aneignung praktischer Kenntnisse in einem Unternehmen abgeleistet werden, die der Vorbereitung, Unterstützung oder Vervollständigung der Ausbildung für den künftigen Beruf dienen. Die Rentenversicherungspflicht knüpft hier allein an das Vorliegen einer Beschäftigung an. Unerheblich ist, ob das Praktikum vor, während oder nach dem Studium absolviert wird. Bei nicht vorgeschriebenen Praktika finden die Regelungen für geringfügige Beschäftigungen Anwendung.

8. Hält die Bundesregierung das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19. Juni 1974, wonach nur freiwillige Praktika in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) fallen, nicht aber Pflichtpraktika im Rahmen der Ausbildung bzw. des Studiums, weiterhin für unverändert gültig, und wenn ja, sieht sie an dieser Stelle vor dem Hintergrund, dass sich Schülerinnen und Schüler, Auszubildende in schulischen Berufsausbildungen sowie Studierende in Pflichtpraktika damit nicht einmal auf im BBiG definierte arbeitsrechtliche Mindeststandards berufen können, politischen Handlungsbedarf?

Wenn ja, in welcher Form, und wenn nein, warum nicht?

Für Pflichtpraktika besteht angesichts der Einbindung in ein schulisches oder akademisches Qualifikationsverhältnis mit jeweils eigenen bundes- oder landesrechtlichen Regularien derzeit kein legislativer Handlungsbedarf, wie er durch § 26 BBiG 2005 bzw. die weitestgehend gleich lautende Vorgängervorschrift des BBiG 1969 für die freiwilligen Praktika realisiert worden ist.

Wie in der Antwort zu Frage 4 bereits dargelegt, hat die Bundesregierung im Jahr 2011 einen in großer Zahl abgeforderten Leitfaden „Praktika – Nutzen für Praktikanten und Unternehmen“ herausgegeben, um die Rechte und Pflichten eingehend darzustellen (z. B. hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung, der Mitbestimmungsrechte, der sozialversicherungsrechtlichen Besonderheiten). Auch soweit die Bundesregierung selbst die Gelegenheit für Pflichtpraktika bietet, hat sie in Gestalt der aktuellen Praktikantenrichtlinie der Bundesregierung angemessene und ausgewogene Gestaltungen ermöglicht.

9. Welche spezifischen Probleme bzw. welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Bereich der beruflichen Vermittlung und der Beschäftigungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund, und welche konkreten Maßnahmen verfolgt sie in diesem Bereich bzw. hat sie in den letzten zehn Jahren bereits ergriffen, und warum wurden welche Maßnahmen gegebenenfalls wieder eingestellt?

Für Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund steht das gesamte Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, um die berufliche Orientierung und die Stellensuche aktiv zu unterstützen, sofern die entsprechenden Anspruchsvoraussetzungen vorliegen. Hierzu gehören die Beratungs- und Aktivierungsleistungen der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter aber auch Leistungen zur Berufswahl und Berufsausbildung oder der beruflichen Weiterbildung. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügt mit den berufsvorbereitenden

Bildungsmaßnahmen (BvB) und der Einstiegsqualifizierung (EQ) über zwei Förderangebote für die angesprochene Zielgruppe. Die BvB wurden zu Beginn der 2000er-Jahre grundlegend erneuert, die EQ wurde im Jahr 2004 erstmalig eingeführt. Mit den BvB und der EQ werden Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund auf ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung gefördert. Die Befunde aus der Begleitforschung zur EQ des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) und der Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH (GIB) zeigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu solchen ohne Migrationshintergrund eine größerer Wahrscheinlichkeit aufweisen, in BvB einzutreten als in EQ (GIB/IAB 2011). Nach Mitteilung des IAB ist die Übergangswahrscheinlichkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund aus EQ in betriebliche Ausbildung höher, als die der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Zudem weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund erhöhte Übergangschancen in Ausbildung auf, wenn sie vom EQ-Betrieb selbst ein Ausbildungsangebot erhalten hatten. Die Aufnahme in einen anderen Ausbildungsbetrieb ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund dagegen deutlich erschwert (vgl. GIB/IAB 2011 und 2012).

Bei BvB ist die Übergangswahrscheinlichkeit für Jugendliche ohne Migrationshintergrund hingegen insgesamt höher. Vertiefte Analysen im Rahmen der IAB-Begleitforschung zu BvB konnten aber zeigen, dass die Übergangswahrscheinlichkeit von Ausbildung in Beschäftigung wesentlich durch Schulleistung und den sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie bestimmt werden; wird die Erhebung entsprechend kontrolliert, verlieren migrationspezifische Effekte weitgehend an Bedeutung.

Neben arbeitsmarktpolitischen Instrumenten stehen integrationspolitische Maßnahmen wie der Jugendintegrationskurs zur Verfügung, um jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Bedarfsfall ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln und so auf den Besuch weiterführender Schulen oder auf eine andere Ausbildung vorzubereiten.

10. Beabsichtigt die Bundesregierung, im Deutschen Bundestag eine Neuregelung des nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 19. Januar 2010, Az. C-555/07) europarechtswidrigen Kündigungsschutzes gemäß § 622 Absatz 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) herbeizuführen?

Wenn ja, wann, und wenn nein, warum nicht?

Der Europäische Gerichtshof hat am 19. Januar 2010 entschieden, dass bei der Berechnung der Länge der Kündigungsfrist bei einer Arbeitgeberkündigung auch die Zeiten der Betriebszugehörigkeit vor dem 25. Lebensjahr des Arbeitnehmers zu berücksichtigen sind. Die entgegenstehende Regelung in § 622 Absatz 2 Satz 2 BGB darf wegen Anwendungsvorrangs des Unionsrechts nicht mehr angewendet werden. Entscheidungen der Gerichte erfolgen auf der Grundlage dieser Rechtsprechung. Die Bundesregierung plant daher mangels Notwendigkeit derzeit keine Gesetzesinitiative zur Änderung von § 622 Absatz 2 Satz 2 BGB.

11. Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 15 und 25 Jahren beziehen welche staatlichen Transferleistungen trotz Erwerbsarbeit (ohne Arbeitslosengeld II – ALG II)?
 - a) Wie hat sich die Anzahl seit 2000 in den einzelnen Bundesländern entwickelt?
 - b) Wie viel Prozent aller erwerbsfähigen Jugendlichen entspricht dies?

Erwerbsfähige Personen erhalten notwendige Transferleistungen grundsätzlich im Rahmen des SGB II und SGB III (Drittes Buch Sozialgesetzbuch). Lediglich ein eng begrenzter Personenkreis, der dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung steht, erhält neben dem Einkommen aus Erwerbsarbeit auch Leistungen nach dem SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch). Daneben gibt es einige Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die gleichzeitig auch erwerbstätig sind.

In der nachfolgenden Tabelle werden die verfügbaren Zahlen für die einzelnen Länder dargestellt. Es wird die übliche Altersabgrenzung von 15 bis 24 Jahren verwendet. Eine Altersgruppe mit Obergrenze 25 Jahre wird dagegen in den entsprechenden Statistiken des Statistischen Bundesamtes nicht ausgewiesen.

Bei den erwerbstätigen Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt handelt es sich um Personen, die lediglich bis zu drei Stunden pro Tag arbeiten können.

Der starke Rückgang dieser Leistungsempfänger seit dem Jahr 2005 erklärt sich durch die Einführung des SGB II im Jahr 2005. Seitdem liegt die Zahl dieser Leistungsbezieher bei rund 200 bei einer Gesamtheit von 9,04 Millionen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 24 Jahren zum Jahresende 2011.

Für das Jahresende 2011 wurden 735 erwerbstätige Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Alter von 15 bis 24 Jahren ermittelt.

Darüber hinaus gibt es Empfänger von Grundsicherung nach dem vierten Kapitel des SGB XII, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten. Hierzu liegen aus der amtlichen Statistik keine exakten Angaben für die gefragte Altersgruppe vor. Insgesamt gab es nach der amtlichen Statistik zur Eingliederungshilfe Ende 2010 25 614 Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren (Zahlen für das Jahr 2011 liegen noch nicht vor).

Von diesen erhielt nur ein Teil auch Grundsicherung nach dem vierten Kapitel des SGB XII. Bezogen auf alle Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen waren dies Ende 2010 lediglich 29 Prozent (69 911 von 240 472).

Bezieht man diesen Anteilswert auf die Werkstattbeschäftigten bis 24 Jahren, so kommt man für 2010 auf einen Wert von gut 7 400 Werkstattbeschäftigten mit Bezug von Grundsicherung nach dem SGB XII, was einem Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe von weniger als 0,1 Prozent entspricht.

Erwerbstätige Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII und Leistungen nach dem AsylbLG zum Ende eines Jahres								
	Hilfe zum Lebensunterhalt			Leistungen nach dem AsylbLG		nachrichtlich: Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen		
	2011	2005	2000	2011	2000	2010	2000	
Deutschland	198	196	19.355	735	1.907	25.614	16.198	
davon								
Bayern	9	10	1.386	105	221	3.113	2.112	
Ba-Wü	11	8	1.223	95	205	1.904	1.254	
Berlin	0	0	1.232	46	15	977	213	
Brandenburg	5	14	521	19	8	1.305	725	
Bremen	6	.	530	19	18	65	44	
Hamburg	9	16	1.585	57	137	385	33	
Hessen	9	23	2.191	84	695	1.597	1.114	
MeckPom	6	9	636	10	0	1.102	939	
Nieders	32	24	2.414	100	167	2.668	1.664	
NRW	48	34	3.205	69	275	5.785	3.118	
Rheinl-Pfalz	16	10	774	41	61	1.063	807	
Saarland	8	12	248	18	35	350	192	
Sachsen	1	6	1.314	17	7	1.769	1.523	
Sachsen-Anhalt	5	14	818	12	1	1.459	1.131	
Schleswig-H	29	12	810	23	52	1.382	713	
Thüringen	4	4	468	20	10	690	616	

Quelle: Statistisches Bundesamt

12. Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene sind insgesamt und in den einzelnen Bundesländern von Armut bedroht, und wie haben sich diese Zahlen seit 2005 entwickelt?

Auf die grundsätzlichen Anmerkungen zur Armutsrisikoquote in der Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Die folgenden Tabellen zeigen die auf Basis der Datenquellen EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) und Mikrozensus veröffentlichten Werte.

Eine Unterscheidung nach Ländern kann ausschließlich auf Basis des Mikrozensus vorgenommen werden. Die amtliche Sozialberichterstattung weist nur die Quoten und keine absoluten Anzahlen aus. Dafür bietet sie die Möglichkeit, die Armutsrisikoquote sowohl auf Basis des Bundesmedians als auch auf Basis des jeweiligen Landesmedians zu betrachten. Hierfür sind die Alterskategorien „unter 18 Jahren“ und „18 bis unter 25 Jahren“ verfügbar. Für EU-SILC gilt, dass die Erhebungsmethode und Datenaufbereitung wesentlich verbessert wurde. Dadurch ist die Vergleichbarkeit längerer Zeitreihen auf Basis EU-SILC eingeschränkt, wie dem entsprechenden Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen ist. Es werden deshalb lediglich die vier jüngsten Wellen betrachtet.

Armutsrisikoquote und Anzahl der Personen mit relativ geringem Äquivalenzeinkommen

Merkmal	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
	%				in 1.000			
Europäische Union (27 Länder)								
Insgesamt	16,4	16,3	16,4	16,5	80.660	80.174	80.751	81.590
12 bis 17 Jahre	21,7	21,7	22,2	21,6	7.162	7.064	7.086	6.862
18 bis 24 Jahre	19,9	20,1	21,1	21,3	8.633	8.681	9.051	9.224
Deutschland								
Insgesamt	15,2	15,5	15,6	15,8	12.389	12.590	12.648	12.814
12 bis 17 Jahre	16,9	16,3	18,7	16,5	777	740	847	773
18 bis 24 Jahre	20,2	21,1	18,9	19,0	1.405	1.454	1.293	1.252

Angegeben ist das jeweilige Einkommensjahr. Die neueste Erhebung (EU-SILC 2011) bezieht sich auf die Einkommensverteilung 2010.

Quelle: EU-SILC, EUROSTAT-Datenbank

elektronische Vorab-Fassung

Armutsgefährdungsquote¹⁾ nach Alter in % gemessen am Bundesmedian

Merkmal	Jahr						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland							
Unter 18	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7	18,2	18,9
18 bis unter 25	23,3	22,3	22,4	22,4	22,9	22,7	23,4
Baden-Württemberg							
Unter 18	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9	13,2	13,2
18 bis unter 25	16,5	16,3	15,0	15,9	17,6	18,3	18,5
Bayern							
Unter 18	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5	11,6	11,8
18 bis unter 25	14,9	14,4	15,8	15,1	16,2	15,3	15,7
Berlin							
Unter 18	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9	24,7	27,1
18 bis unter 25	36,7	29,3	30,4	31,8	34,4	33,6	36,3
Brandenburg							
Unter 18	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5	20,9	20,9
18 bis unter 25	29,5	28,0	26,3	24,2	24,7	23,9	26,3
Bremen							
Unter 18	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6	31,3	32,6
18 bis unter 25	43,2	41,7	32,6	35,6	32,0	34,8	39,5
Hamburg							
Unter 18	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	22,0
18 bis unter 25	30,1	29,3	24,5	23,3	23,6	24,5	27,5
Hessen							
Unter 18	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0	15,3	15,4
18 bis unter 25	20,0	19,7	20,7	20,7	19,1	18,5	20,3
Mecklenburg-Vorpommern							
Unter 18	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8	29,9	30,1
18 bis unter 25	33,1	34,3	37,0	34,1	31,9	35,1	34,1
Niedersachsen							
Unter 18	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8	20,5	20,8
18 bis unter 25	26,2	23,7	24,1	24,6	23,3	24,8	22,8
Nordrhein-Westfalen							
Unter 18	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0	20,9	22,8
18 bis unter 25	23,0	22,9	22,6	22,7	23,6	23,4	25,6
Rheinland-Pfalz							
Unter 18	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2	19,1	19,3
18 bis unter 25	19,0	18,5	19,2	20,5	19,9	20,4	21,6
Saarland							
Unter 18	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,8
18 bis unter 25	27,5	27,6	27,9	24,3	24,6	19,5	23,0
Sachsen							
Unter 18	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1	26,3	26,4
18 bis unter 25	30,2	30,0	31,2	31,5	33,0	32,4	33,6
Sachsen-Anhalt							
Unter 18	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7	26,0	28,1
18 bis unter 25	32,0	30,2	33,1	33,5	33,0	31,8	32,1
Schleswig-Holstein							
Unter 18	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2	16,0	16,1
18 bis unter 25	21,8	20,7	20,8	21,6	24,1	22,0	22,1

noch: **Armutsgefährdungsquote¹⁾ nach Alter in % gemessen am Bundesmedian**

Merkmal	Jahr						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Thüringen							
Unter 18	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7	23,7	21,3
18 bis unter 25	29,5	28,8	27,1	26,1	26,7	28,6	26,5

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

elektronische Vorab-Fassung

Armutsgefährdungsquote¹⁾ nach Alter in % gemessen am Landes- bzw. regionalen Median

Merkmal	Jahr						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg							
Unter 18	17,3	16,1	16,2	16,2	17,4	17,3	18,0
18 bis unter 25	19,8	19,5	18,2	18,7	21,2	21,5	22,1
Bayern							
Unter 18	17,4	16,2	16,2	15,9	15,9	15,5	15,5
18 bis unter 25	17,2	16,9	18,4	17,8	18,9	18,2	18,4
Berlin							
Unter 18	21,3	17,5	18,2	18,0	18,6	18,1	19,3
18 bis unter 25	31,8	24,4	25,5	26,8	27,9	26,1	28,0
Brandenburg							
Unter 18	19,8	20,5	17,7	17,1	17,7	17,5	17,2
18 bis unter 25	23,6	22,3	22,0	20,2	21,2	20,6	23,2
Bremen							
Unter 18	28,4	21,9	19,7	27,5	23,1	26,9	24,2
18 bis unter 25	35,1	30,8	27,2	31,4	27,3	30,9	31,8
Hamburg							
Unter 18	25,9	24,8	24,4	26,1	27,5	25,3	26,2
18 bis unter 25	32,0	32,4	28,5	27,7	30,1	30,3	31,7
Hessen							
Unter 18	21,4	20,1	19,9	19,5	19,4	18,7	18,9
18 bis unter 25	22,9	22,5	23,9	23,4	21,9	21,4	23,3
Mecklenburg-Vorpommern							
Unter 18	20,7	18,7	18,9	20,6	20,1	17,3	18,2
18 bis unter 25	23,3	22,0	24,3	23,9	22,7	24,3	23,3
Niedersachsen							
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	20,1
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	22,2
Nordrhein-Westfalen							
Unter 18	20,6	19,8	19,9	20,1	20,6	19,9	21,6
18 bis unter 25	23,2	23,0	22,5	22,6	23,2	22,5	24,5
Rheinland-Pfalz							
Unter 18	19,1	18,1	18,6	19,3	19,6	20,4	20,6
18 bis unter 25	20,0	20,1	20,2	21,4	20,9	21,3	22,7
Saarland							
Unter 18	16,7	18,9	17,1	16,7	17,3	15,3	18,6
18 bis unter 25	25,3	25,3	25,0	23,2	22,6	18,8	22,1
Sachsen							
Unter 18	19,1	18,0	18,2	16,6	17,4	17,0	15,9
18 bis unter 25	23,9	23,6	24,4	24,9	26,3	24,9	25,6
Sachsen-Anhalt							
Unter 18	22,4	21,7	20,5	22,7	22,2	17,5	19,0
18 bis unter 25	23,4	21,1	24,2	25,8	25,8	25,0	24,1
Schleswig-Holstein							
Unter 18	19,4	18,9	17,5	19,2	19,5	17,7	18,1
18 bis unter 25	23,0	23,3	22,4	23,9	26,2	23,6	24,2
Thüringen							
Unter 18	18,9	18,4	18,5	18,6	18,7	16,7	13,2
18 bis unter 25	21,8	21,5	20,6	20,4	21,3	22,4	21,6

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

13. Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene, die Transferleistungen beziehen, sind insgesamt und in den einzelnen Bundesländern von Armut bedroht?
 - a) Wie hoch ist dieser Anteil an allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Transferleistungen beziehen (bitte nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Transferleistungen differenziert angeben)?
 - b) Wie haben sich diese Zahlen seit 2005 entwickelt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

14. Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene sind im ALG-I-Bezug (bitte nach Geschlecht, höchstem Bildungsabschluss, Behinderung, Migrationshintergrund und Bundesländern differenziert angeben)?
 - a) Wie hat sich die Anzahl seit 2000 entwickelt?
 - b) Wie viel Prozent der erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen entspricht dies?
 - c) Wie viel Prozent aller erwerbsfähigen Menschen sind insgesamt im ALG-I-Bezug?

Daten zu Arbeitslosengeld-Empfänger (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit nach dem SGB III) sind ab dem Jahr 2003 nach Geschlecht und Ländern verfügbar. Die Differenzierung nach Bildungsabschluss, Behinderung und Migrationshintergrund ist nicht möglich.

Insgesamt gab es in Deutschland im Jahr 2011 rund 829 000 Arbeitslosengeld-Empfänger davon waren rund 104 000 Arbeitslosengeldempfänger unter 25 Jahre. Im Jahr 2003 lag die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger unter 25 Jahren noch bei rund 260 000.

Der Anteil der Arbeitslosengeld-Empfänger unter 25 Jahren an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahre lag in 2011 bei 0,2 Prozent. Bei den 15 bis unter 65-Jährigen lag dieser Anteil bei 1,5 Prozent.

Die Entwicklung der absoluten Werte kann den Tabellen 1 und 2 der Anlage entnommen werden. Die Anteile der erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren mit Arbeitslosengeld-Bezug an der gleichaltrigen Bevölkerung sind in der Tabelle 3 der Anlage und die Anteile aller erwerbsfähigen Menschen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Arbeitslosengeld-Bezug an der gleichaltrigen Bevölkerung in der Tabelle 4 der Anlage enthalten.

Die Daten zur Bevölkerung stammen aus der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes und beziehen sich jeweils auf den 31. Dezember; diese Daten liegen der Bundesagentur für Arbeit ab 2004 vor.

15. Wie hat sich der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im ALG-II-Bezug (bitte nach Geschlecht, höchstem Bildungsabschluss, Behinderung, Migrationshintergrund und Bundesländern differenzieren) seit 2005 entwickelt, und wie stellt sich dies jeweils im Verhältnis zu allen erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar?

Daten zu erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) unter 25 Jahren sind nur für die Merkmale „Männer“ und „Frauen“ und nach Ländern ab dem Jahr 2005 verfügbar. Dargestellt sind jeweils Ergebnisse zum Stichtag Dezember des jeweiligen Jahres.

Im Dezember 2011 gab es rund 4,427 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte, davon waren rund 755 000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahre (17 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten). Im Dezember 2005 lag die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren noch bei über einer Million (rd. 1,111 Millionen; 21,3 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten). Der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren an der Bevölkerung im entsprechenden Alter lag im Dezember 2011 bei 8,3 Prozent.

Die absoluten Werte und die Anteile der unter 25-Jährigen im Arbeitslosengeld II-Bezug an allen Personen im Arbeitslosengeld-II-Bezug sowie deren Anteile bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren können den Tabellen 5 (Deutschland) und 6 (Länder, West, Ost) der Anlage entnommen werden.

16. Wie hat sich der Anteil der erwerbstätigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ergänzendem ALG II seit 2005 entwickelt (bitte nach Teilzeit, Vollzeit, Geschlecht, höchstem Bildungsabschluss, Branche, Behinderung, Migrationshintergrund und Bundesländern differenziert angeben), und wie hoch ist dieser Anteil an allen erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende und gleichzeitig Bruttoeinkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit beziehen.

Gründe für den gleichzeitigen Bezug von Grundsicherungsleistungen und Erwerbseinkommen liegen vor allem im Arbeitsumfang (Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigung) und/oder im Haushaltskontext (Größe der Bedarfsgemeinschaft).

Daten zu erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern unter 25 Jahre sind nur für die Merkmale „Vollzeit“ und „Teilzeit“ (und davon jeweils nach Geschlecht) sowie nach Ländern ab dem Jahr 2007 verfügbar. Dargestellt sind die Ergebnisse jeweils zum Stichtag des Monats Juni des jeweiligen Jahres.

Im Juni 2011 gab es bundesweit insgesamt etwa 1,368 Millionen erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher, davon waren rund 136 000 erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher unter 25 Jahre (9,9 Prozent aller erwerbstätigen ALG-II-Bezieher).

Im Juni 2007 lag die Zahl der erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher unter 25 Jahren bei rund 152 000 (12,4 Prozent aller erwerbstätigen ALG-II-Bezieher).

Der Anteil der erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher unter 25 Jahren an der Bevölkerung im entsprechenden Alter lag im Juni 2011 bei 1,5 Prozent.

Die absoluten Werte sowie die Anteile der erwerbstätigen jüngeren Leistungsbezieher an allen erwerbstätigen Leistungsbeziehern bzw. an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren sowie die Differenzierung nach Beschäftigungsform und Geschlecht können den Tabellen 7 bis 10 der Anlage entnommen werden.

17. Wie hat sich die Langzeitarbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen (bitte nach Geschlecht, höchstem Bildungsabschluss, Behinderung, Migrationshintergrund und Bundesländern differenziert angeben) seit 2005 entwickelt?

Langzeitarbeitslose sind Arbeitslose, die ein Jahr und länger arbeitslos sind.

Für die Jahre 2005 und 2006 basieren die Daten allein auf den IT-Systemen (IT = Informationstechnik) der Bundesagentur für Arbeit und enthalten keine Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Ab 2007 beruhen die Auswertungen auf einer integrierten Datenbasis und enthalten auch Daten zugelassener kommunaler Träger.

Zeitreihenvergleiche mit 2005 und 2006 sind deshalb nur eingeschränkt möglich (vgl. Methodenbericht „Integrierte Arbeitslosenstatistik“).

Angaben zum gewünschten Merkmal „höchster Bildungsabschluss“ sind erst ab dem Jahr 2009 möglich; das Merkmal „Migrationshintergrund“ liegt noch nicht vor. Die Differenzierung nach Behinderung ist nicht möglich, in der Arbeitslosenstatistik können jedoch entsprechende Angaben für schwerbehinderte Menschen ausgewiesen werden.

Der Anteil langzeitarbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren an allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren lag im Jahr 2011 bei 8,3 Prozent. Im Jahr 2007 lag dieser Anteil noch bei 13,1 Prozent.

Die Entwicklung der Anteile der langzeitarbeitslosen Jüngeren an allen jüngeren Arbeitslosen kann den Tabellen 11 und 12 der Anlage entnommen werden. Für das Jahr 2012 wurde ein 11-Monats-Durchschnitt berechnet.

18. Wie hat sich die durchschnittliche Leistungshöhe beim Bezug von ALG I bei den jungen Erwerbslosen seit 2000 entwickelt (bitte nach Migrationshintergrund, Geschlecht, Behinderung und Bundesländern differenziert angeben)?

Daten zur durchschnittlichen Anspruchshöhe der Arbeitslosengeldempfänger sind nur für die Merkmale „Männer“ und „Frauen“ und nach Ländern differenziert ab dem Jahr 2004 verfügbar. Im Jahr 2011 lag die durchschnittliche Anspruchshöhe der Empfänger von Arbeitslosengeld (bei Arbeitslosigkeit nach dem SGB III) unter 25 Jahren bei 499 Euro. Die Entwicklung der Eurobeträge kann den als Anlage beigefügten Tabellen 13 und 14 entnommen werden.

19. Wie hat sich die durchschnittliche Leistungshöhe beim Bezug von ALG II bei jugendlichen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern und jungen Erwachsenen seit 2005 entwickelt (bitte nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Bundesländern differenziert angeben)?

Daten zu den durchschnittlichen Zahlungsansprüchen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) von Arbeitslosengeld II (ALG II) sind nur für die Merkmale „Männer“ und „Frauen“ und nach Ländern differenziert ab dem Jahr 2007 verfügbar. Dargestellt sind die Ergebnisse jeweils zum Stichtag des Monats Dezember des jeweiligen Jahres.

Im Dezember 2011 lag die durchschnittliche Höhe der gesamten Zahlungsansprüche von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren (also u. a. einschließlich der Kosten der Unterkunft und Heizung bzw. weiterer Leistungsansprüche) bei 338 Euro. Die durchschnittliche Anspruchshöhe von Arbeitslosengeld II (ALG II) für unter 25-jährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte lag bei 135 Euro.

Die Entwicklung der Eurobeträge kann der Tabelle 15 der Anlage entnommen werden.

20. Wie hat sich der Anteil der jungen ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher unter 25 Jahren in einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik seit 2005 entwickelt, und wie stellte sich dies im Verhältnis zu allen erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar?
21. Wie hat sich der Anteil der jugendlichen ALG-I-Bezieherinnen und -Bezieher in einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik seit 2005 entwickelt, und wie stellte sich dies im Verhältnis zu allen erwerbsfähigen Jugendlichen dar?

Es liegen keine Daten zu den Arbeitslosengeld-II-Beziehern bzw. zu Arbeitslosengeldbeziehern in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor, da der Leistungsbezug nur vor Eintritt in eine Maßnahme erfasst werden kann. Ersatzweise kann ausgewertet werden, welcher Rechtskreis die Kostenträgerschaft der Teilnehmer (Bestand) unter 25 Jahren übernimmt. Angaben sind ab dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2011 verfügbar.

Den Tabellen 16 und 17 der Anlage können jeweils die Anteile der jungen Menschen unter 25 Jahren in Maßnahmen mit Kostenträgerschaft des Rechtskreises SGB II (Tabelle 16) bzw. in Maßnahmen mit Kostenträgerschaft des Rechtskreises SGB III (Tabelle 17) bezogen auf alle Maßnahmen von Jüngeren im Rechtskreis SGB II und Rechtskreis SGB III im Vergleich entnommen werden.

Ein Bezug zur Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahren ist aufgrund der geringen Fallzahlen in den Maßnahmen nicht aussagekräftig.

22. Wie hat sich seit 2005 der Anteil der jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren entwickelt, die bei Eintreten der Arbeitslosigkeit direkt in den ALG-II-Bezug gekommen sind und kein ALG I beziehen konnten (bitte nach Geschlecht, Behinderung, Migrationshintergrund und Bundesländern differenziert angeben)?

Die Frage kann aussagekräftig nur über die Leistungsempfängerstatistik beantwortet werden. Aufgrund der besonders hohen Komplexität und des damit verbundenen sehr hohen Aufwands musste die Auswertungen auf die Monate Juni 2011 und Juni 2012 eingeschränkt werden. Die Auswertung ist nur differenziert nach Geschlecht und Ländern möglich. Im Juni 2012 lag der Zugang von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren, die vor Zugang kein Arbeitslosengeld bezogen haben, bei rund 24 000 und damit etwas niedriger als im Juni 2011 (rd. 26 000). Hierbei kann allerdings beim Zugang nicht festgestellt werden, ob der Zugang in den Leistungsbezug mit Arbeitslosigkeit verbunden war.

Der als Anlage beigefügten Tabelle 18 können die Angaben zum Zugang der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren ohne Vorbezug von Arbeitslosengeld sowie deren entsprechende Anteile an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entnommen werden.

23. Plant die Bundesregierung, zu den Fragen, zu denen ihr keine Zahlen bzw. Antworten vorliegen, dienliche Daten zu erheben (bitte zu den einzelnen unbeantworteten Fragen Stellung beziehen)?

Wenn ja, wie und wann?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung plant nicht, auf die Erhebung zusätzlicher Daten hinzuwirken. Die erhobenen Daten werden dem Informationsbedürfnis der Bundesregierung in ausreichendem Maße gerecht.

elektronische Vorab-Fassung

Tabelle 1: Bestand Arbeitslosengeld-Empfänger (Arbeitslosigkeit nach dem SGB III) insgesamt und unter 25 Jahre

Alter	Region	Bestand Arbeitslosengeld I-Empfänger (Arbeitslosigkeit bei Arbeitslosigkeit)								
		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Schleswig-Holstein	65.089	63.685	58.265	47.729	36.839	32.529	38.211	36.897	32.006
	Hamburg	39.112	35.970	32.475	27.062	20.853	18.229	22.764	22.608	19.904
	Niedersachsen	167.588	165.187	157.461	130.436	99.291	84.859	100.878	94.760	77.717
	Bremen	14.406	14.095	13.087	10.363	7.793	6.849	8.652	8.241	6.811
	Nordrhein-Westfalen	371.360	357.944	334.795	288.962	217.373	181.840	238.512	217.772	177.119
	Hessen	119.599	116.593	108.531	94.443	70.428	58.095	71.970	64.696	52.833
	Rheinland-Pfalz	77.497	76.603	72.730	62.007	46.702	40.154	51.056	44.582	37.415
	Baden-Württemberg	187.467	184.279	171.229	144.880	109.309	90.710	135.706	117.128	86.265
	Bayern	263.596	253.722	239.982	200.915	148.455	124.227	161.833	143.053	110.027
	Saarland	19.146	18.410	17.748	15.440	11.809	9.897	13.112	11.445	9.275
	Berlin	98.920	90.190	80.111	62.965	47.428	41.825	44.358	42.782	38.097
	Brandenburg	93.161	89.240	81.624	65.668	48.318	42.614	45.089	40.404	35.885
	Mecklenburg-Vorpommern	66.760	64.899	58.955	47.779	35.821	32.329	34.402	32.724	29.048
	Sachsen	150.453	143.261	138.097	111.526	82.721	71.351	81.426	68.115	53.294
	Sachsen-Anhalt	91.967	87.655	82.815	69.485	50.626	41.642	46.047	40.435	33.272
	Thüringen	88.067	82.492	78.763	65.217	45.862	39.572	46.682	37.366	29.395
	Deutschland	1.914.486	1.844.648	1.728.045	1.445.224	1.079.941	916.989	1.140.982	1.023.666	829.193
	Westdeutschland	1.324.859	1.286.487	1.207.303	1.022.237	768.852	647.389	842.694	761.183	609.372
	Ostdeutschland	589.317	557.738	520.366	422.640	310.776	289.334	298.004	261.825	218.990
	Schleswig-Holstein	8.555	8.582	7.843	5.879	4.634	4.464	5.591	5.133	4.268
	Hamburg	4.097	3.789	3.421	2.611	1.911	1.771	2.485	2.392	1.844
	Niedersachsen	23.915	24.667	23.776	17.280	12.884	11.378	15.026	13.109	10.168
	Bremen	1.722	1.732	1.665	1.202	912	820	1.130	1.025	819
	Nordrhein-Westfalen	45.109	45.664	42.700	33.283	24.538	22.530	33.339	28.206	21.655
	Hessen	14.889	15.177	14.349	11.039	8.339	7.355	10.254	8.198	6.395
	Rheinland-Pfalz	11.439	12.031	11.680	9.107	6.727	5.994	8.600	7.000	5.323
	Baden-Württemberg	23.167	23.977	22.530	16.854	11.850	10.477	19.358	14.764	9.707
	Bayern	36.306	36.296	34.822	25.461	17.596	14.603	23.250	17.759	12.346
	Saarland	3.059	3.068	2.956	2.369	1.716	1.500	2.281	1.800	1.261
	Berlin	12.094	11.388	10.574	7.838	5.974	5.514	6.152	5.489	4.575
	Brandenburg	13.987	14.691	13.177	9.917	7.933	7.320	7.712	6.529	5.186
	Mecklenburg-Vorpommern	11.721	12.383	11.381	9.242	7.293	6.442	6.617	5.916	4.788
	Sachsen	23.001	23.598	22.730	16.166	12.751	11.673	13.393	10.437	7.256
	Sachsen-Anhalt	13.914	14.135	13.507	10.313	8.087	7.233	7.973	6.628	5.036
	Thüringen	13.400	13.456	12.992	9.540	6.901	6.137	7.458	5.401	3.793
	Deutschland	280.382	284.639	250.107	188.088	140.053	125.216	170.625	139.815	104.461
	Westdeutschland	172.258	174.983	165.742	125.063	91.107	80.891	121.313	99.385	73.785
	Ostdeutschland	88.119	89.650	84.361	63.017	48.938	44.319	49.304	40.399	30.634

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
Zeitreihe, Datenstand: November 2012

Tabelle 2: Bestand Arbeitslosengeld-Empfänger unter 25 Jahre (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit nach dem SGB III) nach Geschlecht

Geschlecht	Region	Bestand Arbeitslosengeld-Empfänger unter 25 Jahre (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit)									
		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Männer	Schleswig-Holstein	5.516	5.329	4.763	3.431	2.708	2.691	3.564	3.216	2.491	
	Hamburg	2.454	2.205	1.969	1.455	1.056	1.034	1.541	1.418	1.066	
	Niedersachsen	15.375	15.602	14.824	10.391	7.497	6.700	9.719	8.053	5.849	
	Bremen	1.100	1.093	1.005	676	494	457	706	595	458	
	Nordrhein-Westfalen	28.766	28.208	25.978	19.380	13.742	13.120	21.658	17.509	12.693	
	Hessen	9.284	9.015	8.471	6.326	4.724	4.221	6.579	4.920	3.598	
	Rheinland-Pfalz	7.135	7.240	7.006	5.254	3.766	3.481	5.587	4.241	3.026	
	Baden-Württemberg	13.784	13.696	12.672	9.024	6.027	5.445	12.227	8.722	5.189	
	Bayern	23.076	22.280	21.200	14.997	9.988	8.437	14.875	10.797	6.935	
	Saarland	1.900	1.856	1.779	1.392	969	847	1.491	1.105	707	
	Berlin	7.378	6.887	6.170	4.541	3.473	3.228	3.676	3.256	2.891	
	Brandenburg	9.207	9.432	8.548	6.242	4.904	4.591	5.088	4.212	3.266	
	Mecklenburg-Vorpommern	7.583	7.859	7.103	5.524	4.343	3.900	4.218	3.677	2.862	
	Sachsen	14.810	14.970	14.465	9.805	7.590	7.046	8.875	6.628	4.325	
	Sachsen-Anhalt	9.097	8.900	8.434	6.349	4.832	4.331	5.234	4.199	3.083	
	Thüringen	8.777	8.669	8.264	5.782	4.072	3.632	4.885	3.431	2.203	
	Deutschland	165.252	163.042	152.653	110.571	80.189	73.163	109.926	85.988	60.454	
	Westdeutschland	108.388	106.523	99.668	72.327	50.973	46.432	77.947	60.574	42.011	
	Ostdeutschland	56.862	56.516	52.983	38.242	29.213	26.729	31.975	25.402	18.428	
Frauen	Schleswig-Holstein	3.039	3.253	3.080	2.448	1.926	1.773	2.026	1.917	1.777	
	Hamburg	1.643	1.584	1.452	1.156	855	737	944	974	778	
	Niedersachsen	8.540	9.065	8.951	6.889	5.387	4.678	5.307	5.056	4.319	
	Bremen	622	640	660	526	418	363	423	431	361	
	Nordrhein-Westfalen	16.344	17.455	16.722	13.882	10.796	9.410	11.681	10.697	8.962	
	Hessen	5.605	6.163	5.878	4.713	3.615	3.135	3.675	3.278	2.797	
	Rheinland-Pfalz	4.304	4.791	4.675	3.853	2.960	2.514	3.013	2.759	2.297	
	Baden-Württemberg	9.383	10.281	9.868	7.830	5.823	5.031	7.132	6.042	4.518	
	Bayern	13.230	14.016	13.622	10.464	7.608	6.166	8.375	6.962	5.411	
	Saarland	1.160	1.212	1.177	977	748	653	790	694	554	
	Berlin	4.717	4.702	4.405	3.298	2.501	2.266	2.476	2.233	1.884	
	Brandenburg	4.780	5.258	4.629	3.675	3.029	2.728	2.625	2.317	1.921	
	Mecklenburg-Vorpommern	4.128	4.524	4.278	3.718	2.950	2.542	2.398	2.239	1.927	
	Sachsen	8.192	8.628	8.265	6.362	5.161	4.627	4.518	3.809	2.931	
	Sachsen-Anhalt	4.817	5.235	5.074	3.965	3.255	2.902	2.739	2.429	1.954	
	Thüringen	4.624	4.788	4.727	3.758	2.829	2.505	2.573	1.970	1.590	
	Deutschland	95.130	101.597	97.454	77.517	59.864	52.053	60.699	53.827	44.007	
	Westdeutschland	63.870	68.460	66.074	52.737	40.134	34.459	43.366	38.811	31.774	
	Ostdeutschland	31.257	33.134	31.378	24.775	19.725	17.591	17.329	14.997	12.206	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags

Tabelle 3: Anteile der Arbeitslosengeld-Empfänger unter 25 Jahre (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit nach dem SGB III) an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis zwischen 15 bis unter 25 Jahre

Alter	Region	Anteile der Arbeitslosengeld I-Empfänger unter 25 Jahre (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit) an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahre								
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
		1	2	3	4	5	6	7	8	
unter 25 Jahre	Schleswig-Holstein	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
	Hamburg	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
	Niedersachsen	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
	Bremen	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
	Nordrhein-Westfalen	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
	Hessen	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
	Rheinland-Pfalz	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
	Baden-Württemberg	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,3	0,3	0,2	0,1
	Bayern	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
	Saarland	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
	Berlin	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
	Brandenburg	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
	Mecklenburg-Vorpommern	1,0	1,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4
	Sachsen	0,8	0,8	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
	Sachsen-Anhalt	0,8	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3
	Thüringen	0,8	0,8	0,6	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Deutschland	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	
Westdeutschland	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	
Ostdeutschland	0,8	0,7	0,6	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
 Zeitreihe, Datenstand: November 2012

rsung

Tabelle 4: Anteile der Arbeitslosengeld-Empfänger (Arbeitslosengeld nach dem SGB III) an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis u. 65 Jahre

Region	Anteile der Arbeitslosengeld I-Empfänger an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahre							
	2004 1	2005 2	2006 3	2007 4	2008 5	2009 6	2010 7	2011 8
Schleswig-Holstein	3,4	3,2	2,6	2,0	1,8	2,1	2,0	1,7
Hamburg	3,0	2,7	2,2	1,7	1,5	1,9	1,9	1,6
Niedersachsen	3,2	3,0	2,5	1,9	1,6	2,0	1,8	1,5
Bremen	3,2	3,0	2,4	1,8	1,6	2,0	1,9	1,6
Nordrhein-Westfalen	3,0	2,8	2,4	1,8	1,5	2,0	1,9	1,5
Hessen	2,9	2,7	2,3	1,7	1,4	1,8	1,6	1,3
Rheinland-Pfalz	2,9	2,7	2,3	1,8	1,5	1,9	1,7	1,4
Baden-Württemberg	2,6	2,4	2,0	1,5	1,3	1,9	1,6	1,2
Bayern	3,1	2,9	2,4	1,8	1,5	2,0	1,7	1,3
Saarland	2,6	2,6	2,3	1,7	1,5	2,0	1,7	1,4
Berlin	3,7	3,3	2,6	2,0	1,8	1,9	1,8	1,6
Brandenburg	5,0	4,6	3,8	2,8	2,5	2,7	2,4	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	5,4	4,9	4,1	3,1	2,9	3,1	3,0	2,7
Sachsen	4,9	4,8	3,9	3,0	2,6	3,0	2,6	2,0
Sachsen-Anhalt	5,1	4,9	4,2	3,1	2,7	3,0	2,7	2,2
Thüringen	5,0	4,9	4,1	3,0	2,6	3,1	2,5	2,0
Deutschland	3,3	3,1	2,6	2,0	1,7	2,1	1,9	1,5
Westdeutschland	3,0	2,8	2,4	1,8	1,5	2,0	1,8	1,4
Ostdeutschland	4,8	4,5	3,7	2,8	2,4	2,8	2,4	2,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

assung

Tabelle 5: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insgesamt und unter 25 Jahren nach Geschlecht

Stichtag	Deutschland					
	Insgesamt eLb 1	eLb unter 25 Jahren 2	Anteil der U25- Jährigen eLb an Insgesamt eLb (Sp. 2 an Sp. 1) 3	Anteil der U25- Jährigen eLb an Bevölkerung U25 4	eLb unter 25 Jahren männlich 5	eLb unter 25 Jahren weiblich 6
Dez 2005	5.224.494	1.111.401	21,3	11,5	535.220	576.181
Dez 2006	5.310.821	1.049.183	19,8	10,9	488.097	561.086
Dez 2007	5.099.463	978.592	19,2	10,3	451.523	527.065
Dez 2008	4.799.737	893.393	18,6	9,5	411.227	482.166
Dez 2009	4.908.304	894.451	18,2	9,7	418.595	475.856
Dez 2010	4.701.380	822.595	17,5	9,0	383.274	439.321
Dez 2011	4.426.901	754.631	17,0	8,3	352.499	402.132

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Zeitreihe, Datenstand: November 2012

re Vorab-Fassung

Tabelle 6: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLB) unter 25 Jahren nach Geschlecht

Table with 15 columns: Year (Dec 2005-Dec 2011), eLB unter 25 Jahren (1), Anteil der U25-jährigen eLB an Bevölkerung U25 (2), eLB unter 25 Jahren männlich (3-4), eLB unter 25 Jahren weiblich (5-6), Anteil der U25-jährigen eLB an Bevölkerung U25 (7), eLB unter 25 Jahren männlich (8-9), eLB unter 25 Jahren weiblich (10-11), Anteil der U25-jährigen eLB an Bevölkerung U25 (12), eLB unter 25 Jahren männlich (13-14), eLB unter 25 Jahren weiblich (15).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags

Tabelle 7: Erwerbstätige Arbeitslosengeld II (ALG II)-Bezieher insgesamt und unter 25 Jahre

Monat	Region	Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher			
		Insgesamt	Unter 25 Jahre	Anteil der erwerbst. U25-jährigen ALG II-Beziehern an erwerbst. ALG II-Beziehern (Sp. 2 an Sp. 1)	Anteil der erwerbst. U25-jährigen ALG II-Beziehern an Bevölkerung U25-Jahre
		1	2	3	4
Juni 2007	Schleswig-Holstein	45.339	5.485	12,1	1,8
	Hamburg	30.720	3.277	10,7	1,7
	Niedersachsen	118.545	13.911	11,7	1,5
	Bremen	15.863	1.642	10,4	2,1
	Nordrhein-Westfalen	248.493	27.496	11,1	1,3
	Hessen	73.814	8.423	11,4	1,3
	Rheinland-Pfalz	44.046	5.531	12,6	1,2
	Baden-Württemberg	84.398	9.591	11,4	0,8
	Bayern	94.459	11.426	12,1	0,8
	Saarland	13.824	1.631	11,8	1,4
	Berlin	98.465	11.610	11,8	3,0
	Brandenburg	65.134	8.885	13,6	3,0
	Mecklenburg-Vorpommern	53.081	8.460	15,9	4,0
	Sachsen	116.160	16.803	14,5	3,5
	Sachsen-Anhalt	70.266	10.564	15,0	3,7
	Thüringen	53.536	6.978	13,0	2,6
	Deutschland	1.226.141	151.712	12,4	1,6
	Westdeutschland	769.500	88.412	11,5	1,2
	Ostdeutschland	456.641	63.301	13,9	3,3
Juni 2008	Schleswig-Holstein	48.967	5.884	12,0	1,9
	Hamburg	33.134	3.516	10,6	1,8
	Niedersachsen	130.711	15.667	12,0	1,7
	Bremen	17.110	1.793	10,5	2,3
	Nordrhein-Westfalen	271.032	30.249	11,2	1,4
	Hessen	79.927	8.964	11,2	1,3
	Rheinland-Pfalz	46.165	5.851	12,7	1,2
	Baden-Württemberg	86.957	9.788	11,3	0,8
	Bayern	96.348	11.212	11,6	0,8
	Saarland	14.835	1.866	12,6	1,6
	Berlin	113.118	12.431	11,0	3,3
	Brandenburg	74.070	9.238	12,5	3,4
	Mecklenburg-Vorpommern	57.394	8.171	14,2	4,2
	Sachsen	129.626	17.076	13,2	3,8
	Sachsen-Anhalt	78.227	10.903	13,9	4,2
	Thüringen	57.545	6.918	12,0	2,8
	Deutschland	1.335.165	159.525	11,9	1,7
	Westdeutschland	825.186	94.789	11,5	1,3
	Ostdeutschland	509.979	64.736	12,7	3,6
	Schleswig-Holstein	46.936	5.409	11,5	1,7
	Hamburg	33.333	3.669	11,0	1,9
	Niedersachsen	128.215	15.266	11,9	1,7
	Bremen	17.010	1.847	10,9	2,4
	Nordrhein-Westfalen	272.012	30.944	11,4	1,5
	Hessen	81.164	9.281	11,4	1,4
	Rheinland-Pfalz	44.450	5.626	12,7	1,2

Monat	Region	Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher			
		Insgesamt	Unter 25 Jahre	Anteil der erwerbst. U25-jährigen ALG II-Beziehern an erwerbst. ALG II-Beziehern (Sp. 2 an Sp. 1)	Anteil der erwerbst. U25-jährigen ALG II-Beziehern an Bevölkerung U25-Jahre
		1	2	3	4
Juni 2009	Baden-Württemberg	84.524	9.823	11,6	0,8
	Bayern	93.212	10.844	11,6	0,7
	Saarland	14.740	1.721	11,7	1,5
	Berlin	117.891	12.489	10,6	3,3
	Brandenburg	71.011	7.801	11,0	3,1
	Mecklenburg-Vorpommern	54.133	6.653	12,3	3,8
	Sachsen	124.526	14.655	11,8	3,5
	Sachsen-Anhalt	75.108	8.842	11,8	3,7
	Thüringen	54.811	5.797	10,6	2,5
	Deutschland	1.313.076	150.667	11,5	1,6
	Westdeutschland	815.596	94.430	11,6	1,2
	Ostdeutschland	497.480	56.237	11,3	3,3
Juni 2010	Schleswig-Holstein	49.977	5.610	11,2	1,8
	Hamburg	35.881	3.898	10,9	2,0
	Niedersachsen	136.907	15.258	11,1	1,7
	Bremen	18.604	2.057	11,1	2,7
	Nordrhein-Westfalen	299.682	32.499	10,8	1,6
	Hessen	86.895	9.361	10,8	1,4
	Rheinland-Pfalz	48.139	5.778	12,0	1,2
	Baden-Württemberg	96.812	10.348	10,7	0,8
	Bayern	101.774	10.523	10,3	0,7
	Saarland	15.976	1.726	10,8	1,5
	Berlin	126.227	12.393	9,8	3,4
	Brandenburg	73.430	7.154	9,7	3,1
	Mecklenburg-Vorpommern	52.913	5.467	10,3	3,4
	Sachsen	126.967	12.862	10,1	3,3
	Sachsen-Anhalt	76.117	7.632	10,0	3,4
	Thüringen	57.045	5.246	9,2	2,5
	Deutschland	1.403.346	147.812	10,5	1,6
Westdeutschland	890.647	97.058	10,9	1,3	
Ostdeutschland	512.699	50.754	9,9	3,2	
Juni 2011	Schleswig-Holstein	49.349	5.332	10,8	1,7
	Hamburg	35.993	3.735	10,4	1,9
	Niedersachsen	134.848	14.421	10,7	1,6
	Bremen	18.993	1.996	10,5	2,6
	Nordrhein-Westfalen	302.839	31.881	10,5	1,5
	Hessen	85.366	8.865	10,4	1,3
	Rheinland-Pfalz	46.653	5.257	11,3	1,1
	Baden-Württemberg	94.478	9.729	10,3	0,8
	Bayern	95.908	9.332	9,7	0,6
	Saarland	15.390	1.641	10,7	1,5
	Berlin	125.363	11.704	9,3	3,2
	Brandenburg	69.999	6.080	8,7	2,8
	Mecklenburg-Vorpommern	50.708	4.701	9,3	3,1
	Sachsen	118.571	10.644	9,0	2,9
	Sachsen-Anhalt	71.013	6.248	8,8	3,0
	Thüringen	52.833	4.255	8,1	2,1
	Deutschland	1.368.304	135.821	9,9	1,5
	Westdeutschland	879.817	92.189	10,5	1,2
Ostdeutschland	488.487	43.632	8,9	2,9	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
 Ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand: November 2012

Tabelle 8: Erwerbstätige Arbeitslosengeld II (ALG II)-Bezieher unter 25 Jahre nach Art der Erwerbstätigkeit

Monat	Region	Erwerbstätige ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pfl. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pfl. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2007	Schleswig-Holstein	3.513	2.616	662	417	7.321	4.431
	Hamburg	2.028	1.314	574	362	4.688	2.589
	Niedersachsen	8.600	6.287	1.531	1.107	18.944	11.228
	Bremen	977	689	185	106	2.422	1.290
	Nordrhein-Westfalen	17.870	11.913	3.343	2.044	40.701	21.898
	Hessen	5.626	3.967	1.130	680	11.951	6.744
	Rheinland-Pfalz	3.792	2.801	552	362	7.394	4.501
	Baden-Württemberg	6.701	4.550	1.210	762	14.513	7.755
	Bayern	8.607	6.150	1.451	922	15.565	9.543
	Saarland	1.275	898	131	90	2.259	1.296
	Berlin	7.649	5.398	1.771	1.137	15.169	9.237
	Brandenburg	7.211	5.208	1.121	822	11.746	7.410
	Mecklenburg-Vorpommern	6.923	5.594	877	672	10.186	7.349
	Sachsen	12.823	10.205	1.796	1.367	21.171	14.464
	Sachsen-Anhalt	8.374	6.654	1.001	787	12.496	8.815
	Thüringen	5.645	4.358	730	577	8.742	5.960
	Deutschland	107.613	78.603	18.065	12.214	205.267	124.511
	Westdeutschland	58.988	41.186	10.769	6.853	125.757	71.276
	Ostdeutschland	48.625	37.417	7.297	5.361	79.510	53.235
Juni 2008	Schleswig-Holstein	3.528	2.740	679	453	7.204	4.781
	Hamburg	2.152	1.513	545	350	4.757	2.750
	Niedersachsen	8.869	6.829	1.911	1.273	19.104	12.356
	Bremen	1.001	728	186	120	2.298	1.359
	Nordrhein-Westfalen	17.964	12.886	3.296	2.071	39.994	23.549
	Hessen	5.563	4.105	1.084	646	11.828	7.050
	Rheinland-Pfalz	3.715	2.833	505	326	7.168	4.672
	Baden-Württemberg	6.287	4.552	1.073	683	13.118	7.780
	Bayern	7.875	5.957	1.309	919	13.845	9.289
	Saarland	1.284	968	136	88	2.208	1.445
	Berlin	7.717	5.724	1.762	1.187	15.118	9.822
	Brandenburg	6.515	5.153	1.199	960	10.793	7.740
	Mecklenburg-Vorpommern	6.195	5.085	951	775	9.242	7.061
	Sachsen	11.539	9.516	1.872	1.544	19.228	14.312
	Sachsen-Anhalt	8.044	6.527	1.212	917	12.158	9.054
	Thüringen	5.150	4.182	681	545	7.781	5.803
	Deutschland	103.420	79.300	18.401	12.857	195.845	128.821
	Westdeutschland	58.259	43.112	10.724	6.929	121.525	75.029
	Ostdeutschland	45.161	36.188	7.677	5.928	74.320	53.793
	Schleswig-Holstein	3.019	2.347	652	433	6.604	4.349
	Hamburg	1.920	1.437	523	338	4.482	2.790
	Niedersachsen	7.956	6.197	1.850	1.266	18.485	11.958
	Bremen	885	709	221	146	2.221	1.413
	Nordrhein-Westfalen	16.275	12.092	3.149	2.008	38.671	24.047
	Hessen	5.422	4.138	987	607	11.626	7.266
	Rheinland-Pfalz	3.414	2.670	506	325	6.789	4.540
	Baden-Württemberg	5.587	4.142	1.092	708	12.403	7.757

Monat	Region	Erwerbstätige ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pf. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pf. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2009	Bayern	6.963	5.322	1.396	948	13.101	8.879
	Saarland	1.080	836	132	84	1.973	1.336
	Berlin	6.818	5.451	1.630	1.145	14.330	9.853
	Brandenburg	4.940	4.035	1.046	819	8.925	6.430
	Mecklenburg-Vorpommern	4.750	3.868	848	686	7.455	5.690
	Sachsen	9.397	7.513	1.765	1.307	16.638	12.064
	Sachsen-Anhalt	6.068	5.050	1.090	798	9.921	7.374
	Thüringen	3.923	3.139	575	438	6.514	4.727
	Deutschland	88.417	68.946	17.462	12.056	180.138	120.473
	Westdeutschland	52.521	39.890	10.508	6.863	116.355	74.335
Ostdeutschland	35.896	29.056	6.954	5.193	63.783	46.138	
Juni 2010	Schleswig-Holstein	3.103	2.318	638	426	6.817	4.519
	Hamburg	2.029	1.471	601	392	4.658	2.899
	Niedersachsen	7.630	5.729	1.726	1.202	18.136	11.781
	Bremen	970	723	230	148	2.443	1.595
	Nordrhein-Westfalen	16.638	11.936	3.328	2.179	40.222	25.197
	Hessen	5.198	3.864	1.050	678	11.556	7.377
	Rheinland-Pfalz	3.458	2.559	574	376	6.895	4.551
	Baden-Württemberg	5.728	4.074	1.183	749	13.168	8.250
	Bayern	6.651	4.782	1.444	1.037	12.923	8.583
	Saarland	1.054	759	159	117	2.000	1.306
	Berlin	6.386	4.968	1.646	1.086	14.277	9.624
	Brandenburg	4.483	3.464	963	763	8.104	5.842
	Mecklenburg-Vorpommern	3.818	2.901	828	676	6.357	4.644
	Sachsen	8.258	6.191	1.584	1.252	14.871	10.582
	Sachsen-Anhalt	5.067	3.994	971	755	8.683	6.381
	Thüringen	3.563	2.638	603	483	6.149	4.291
Deutschland	84.034	62.370	17.528	12.319	177.259	117.422	
Westdeutschland	52.459	38.215	10.933	7.304	118.818	76.058	
Ostdeutschland	31.575	24.156	6.595	5.015	58.441	41.364	
Juni 2011	Schleswig-Holstein	2.764	2.100	599	435	6.306	4.244
	Hamburg	1.856	1.396	537	379	4.386	2.867
	Niedersachsen	7.052	5.350	1.665	1.174	17.028	11.343
	Bremen	881	658	224	137	2.258	1.530
	Nordrhein-Westfalen	15.534	11.386	3.408	2.330	38.844	24.927
	Hessen	4.514	3.357	1.071	723	10.779	6.847
	Rheinland-Pfalz	3.001	2.217	559	380	6.349	4.160
	Baden-Württemberg	4.949	3.635	1.142	752	11.912	7.642
	Bayern	5.586	4.142	1.315	958	11.224	7.646
	Saarland	993	748	146	100	1.882	1.240
	Berlin	5.813	4.566	1.606	1.102	13.198	9.052
	Brandenburg	3.651	2.826	936	718	6.934	4.990
	Mecklenburg-Vorpommern	3.184	2.459	780	611	5.529	3.995
	Sachsen	6.752	5.002	1.487	1.172	12.259	8.714
	Sachsen-Anhalt	4.286	3.236	1.008	783	7.371	5.236
	Thüringen	2.908	2.176	473	376	4.989	3.545
	Deutschland	73.724	55.254	16.956	12.130	161.248	107.978
Westdeutschland	47.130	34.989	10.666	7.368	110.968	72.446	
Ostdeutschland	26.594	20.265	6.290	4.762	50.280	35.532	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
Ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand: November 2012

Tabelle 9: Erwerbstätige männliche Arbeitslosengeld II (ALG II)-Bezieher unter 25 Jahre nach Art der Erwerbstätigkeit

Monat	Region	Erwerbstätige männliche ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pfl. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pfl. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2007	Schleswig-Holstein	1.891	1.448	214	128	3.542	2.193
	Hamburg	1.111	760	219	142	2.288	1.310
	Niedersachsen	4.928	3.696	564	403	9.518	5.678
	Bremen	542	390	64	37	1.223	646
	Nordrhein-Westfalen	10.579	7.122	1.157	691	20.515	11.063
	Hessen	3.121	2.223	433	260	6.026	3.426
	Rheinland-Pfalz	2.156	1.611	177	120	3.622	2.259
	Baden-Württemberg	3.611	2.492	364	225	6.889	3.665
	Bayern	4.725	3.588	446	295	7.295	4.746
	Saarland	717	518	37	26	1.118	668
	Berlin	3.887	2.754	699	428	7.415	4.450
	Brandenburg	4.025	2.926	337	228	5.900	3.750
	Mecklenburg-Vorpommern	3.655	3.050	188	124	4.919	3.636
	Sachsen	6.933	5.748	592	416	10.272	7.213
	Sachsen-Anhalt	4.605	3.705	240	177	6.158	4.403
	Thüringen	3.096	2.497	211	171	4.291	3.046
	Deutschland	59.584	44.528	5.943	3.872	100.989	62.151
	Westdeutschland	33.383	23.848	3.676	2.328	62.034	35.653
	Ostdeutschland	26.201	20.680	2.267	1.544	38.955	26.498
	Juni 2008	Schleswig-Holstein	1.919	1.536	216	136	3.512
Hamburg		1.261	913	202	129	2.367	1.419
Niedersachsen		5.116	3.964	815	507	9.517	6.178
Bremen		544	411	68	40	1.161	674
Nordrhein-Westfalen		10.554	7.599	1.164	724	20.162	11.887
Hessen		3.201	2.407	428	250	5.948	3.597
Rheinland-Pfalz		2.124	1.662	152	104	3.502	2.339
Baden-Württemberg		3.258	2.409	327	215	5.975	3.580
Bayern		4.275	3.353	367	272	6.402	4.431
Saarland		775	612	35	22	1.114	771
Berlin		4.053	2.975	698	437	7.458	4.787
Brandenburg		3.637	2.911	359	262	5.356	3.827
Mecklenburg-Vorpommern		3.292	2.801	227	159	4.396	3.444
Sachsen		6.253	5.323	547	448	9.242	7.017
Sachsen-Anhalt		4.454	3.697	310	206	5.949	4.510
Thüringen		2.824	2.378	195	153	3.840	2.929
Deutschland		57.539	44.953	6.109	4.063	95.901	63.744
Westdeutschland		33.027	24.866	3.773	2.399	59.661	37.231
Ostdeutschland		24.512	20.087	2.336	1.664	36.240	26.513
		Schleswig-Holstein	1.570	1.262	224	144	3.135
	Hamburg	1.046	782	186	128	2.141	1.343
	Niedersachsen	4.374	3.486	773	504	9.014	5.865
	Bremen	485	391	88	55	1.089	678
	Nordrhein-Westfalen	9.101	6.848	1.094	695	18.806	11.669
	Hessen	2.863	2.230	356	203	5.664	3.510
	Rheinland-Pfalz	1.753	1.400	167	106	3.146	2.118
	Baden-Württemberg	2.794	2.109	333	208	5.587	3.476

Monat	Region	Erwerbstätige männliche ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pfl. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pfl. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2009	Bayern	3.562	2.852	414	283	5.812	4.075
	Saarland	590	475	39	24	933	647
	Berlin	3.446	2.752	625	421	6.937	4.728
	Brandenburg	2.683	2.225	289	206	4.236	3.077
	Mecklenburg-Vorpommern	2.423	2.045	204	154	3.437	2.679
	Sachsen	5.054	4.162	520	350	7.953	5.817
	Sachsen-Anhalt	3.389	2.895	303	195	4.846	3.674
	Thüringen	2.082	1.719	156	110	3.112	2.264
	Deutschland	47.215	37.633	5.771	3.786	85.848	57.707
	Westdeutschland	28.138	21.835	3.674	2.350	55.327	35.468
	Ostdeutschland	19.077	15.798	2.097	1.436	30.521	22.239
	Juni 2010	Schleswig-Holstein	1.734	1.323	212	139	3.353
Hamburg		1.127	843	247	159	2.306	1.454
Niedersachsen		4.382	3.315	663	469	8.997	5.852
Bremen		544	403	91	52	1.201	776
Nordrhein-Westfalen		9.700	6.926	1.202	764	19.986	12.420
Hessen		2.912	2.201	385	248	5.783	3.698
Rheinland-Pfalz		1.977	1.476	166	112	3.359	2.242
Baden-Württemberg		3.035	2.157	370	252	6.136	3.825
Bayern		3.579	2.684	431	311	5.964	4.045
Saarland		613	459	44	32	988	663
Berlin		3.355	2.654	714	432	7.197	4.824
Brandenburg		2.498	1.931	295	215	3.947	2.796
Mecklenburg-Vorpommern		1.933	1.479	240	183	2.921	2.116
Sachsen		4.523	3.500	477	367	7.246	5.185
Sachsen-Anhalt		2.872	2.322	287	209	4.304	3.189
Thüringen		1.967	1.502	177	139	2.984	2.107
Deutschland		46.750	35.175	6.001	4.083	86.672	57.455
Westdeutschland		29.603	21.787	3.811	2.538	58.073	37.238
Ostdeutschland	17.148	13.388	2.190	1.545	28.599	20.217	
Juni 2011	Schleswig-Holstein	1.540	1.179	220	159	3.121	2.089
	Hamburg	1.075	838	216	149	2.216	1.479
	Niedersachsen	4.087	3.135	629	442	8.431	5.674
	Bremen	513	383	71	39	1.121	758
	Nordrhein-Westfalen	9.010	6.644	1.237	829	19.403	12.357
	Hessen	2.583	1.950	438	309	5.402	3.425
	Rheinland-Pfalz	1.694	1.302	179	119	3.007	2.028
	Baden-Württemberg	2.558	1.876	374	254	5.461	3.504
	Bayern	2.913	2.256	413	316	5.047	3.541
	Saarland	569	451	50	37	926	646
	Berlin	3.094	2.474	698	442	6.667	4.586
	Brandenburg	2.079	1.623	297	220	3.394	2.444
	Mecklenburg-Vorpommern	1.541	1.201	228	172	2.479	1.794
	Sachsen	3.604	2.811	365	277	5.707	4.154
	Sachsen-Anhalt	2.415	1.828	303	233	3.609	2.550
	Thüringen	1.592	1.239	117	93	2.353	1.721
	Deutschland	40.867	31.190	5.835	4.090	78.344	52.750
	Westdeutschland	26.542	20.014	3.827	2.653	54.135	35.501
Ostdeutschland	14.325	11.176	2.008	1.437	24.209	17.249	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
 Ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand: November 2012

Tabelle 10: Erwerbstätige weibliche Arbeitslosengeld II (ALG II)-Bezieher unter 25 Jahre nach Art der Erwerbstätigkeit

Monat	Region	Erwerbstätige weibliche ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pfl. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pfl. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2007	Schleswig-Holstein	1.622	1.168	448	289	3.779	2.239
	Hamburg	917	554	355	220	2.400	1.279
	Niedersachsen	3.671	2.591	967	704	9.427	5.550
	Bremen	435	299	121	69	1.199	644
	Nordrhein-Westfalen	7.290	4.792	2.186	1.353	20.186	10.835
	Hessen	2.504	1.743	696	420	5.925	3.318
	Rheinland-Pfalz	1.636	1.190	375	242	3.772	2.242
	Baden-Württemberg	3.090	2.058	845	537	7.624	4.091
	Bayern	3.882	2.562	1.005	627	8.270	4.797
	Saarland	558	380	94	64	1.141	627
	Berlin	3.762	2.644	1.072	709	7.754	4.787
	Brandenburg	3.187	2.282	784	594	5.847	3.660
	Mecklenburg-Vorpommern	3.268	2.544	689	548	5.267	3.713
	Sachsen	5.890	4.457	1.205	951	10.898	7.252
	Sachsen-Anhalt	3.769	2.949	761	609	6.339	4.412
	Thüringen	2.549	1.861	520	406	4.451	2.914
	Deutschland	48.029	34.074	12.122	8.342	104.278	62.360
	Westdeutschland	25.605	17.338	7.092	4.524	63.723	35.623
Ostdeutschland	22.424	16.737	5.030	3.817	40.555	26.737	
Juni 2008	Schleswig-Holstein	1.609	1.204	464	317	3.692	2.426
	Hamburg	891	600	343	221	2.390	1.331
	Niedersachsen	3.753	2.865	1.096	766	9.586	6.177
	Bremen	457	317	118	80	1.137	685
	Nordrhein-Westfalen	7.430	5.287	2.131	1.348	19.832	11.662
	Hessen	2.362	1.699	656	396	5.881	3.453
	Rheinland-Pfalz	1.591	1.171	354	222	3.666	2.333
	Baden-Württemberg	3.029	2.143	746	468	7.143	4.200
	Bayern	3.600	2.604	942	647	7.443	4.858
	Saarland	509	356	101	66	1.095	673
	Berlin	3.664	2.749	1.064	750	7.660	5.035
	Brandenburg	2.878	2.241	840	698	5.437	3.913
	Mecklenburg-Vorpommern	2.904	2.284	724	615	4.846	3.618
	Sachsen	5.287	4.193	1.325	1.096	9.986	7.295
	Sachsen-Anhalt	3.590	2.830	902	712	6.209	4.544
	Thüringen	2.327	1.804	486	392	3.941	2.874
	Deutschland	45.881	34.347	12.292	8.793	99.944	65.078
	Westdeutschland	25.232	18.246	6.951	4.530	61.864	37.798
Ostdeutschland	20.649	16.101	5.341	4.264	38.080	27.280	
	Schleswig-Holstein	1.449	1.085	428	289	3.469	2.262
	Hamburg	874	655	337	210	2.341	1.447
	Niedersachsen	3.582	2.711	1.077	762	9.471	6.093
	Bremen	400	318	133	91	1.132	735
	Nordrhein-Westfalen	7.174	5.244	2.055	1.313	19.865	12.378
	Hessen	2.559	1.908	631	404	5.962	3.756
	Rheinland-Pfalz	1.661	1.270	339	219	3.643	2.422
	Baden-Württemberg	2.793	2.033	759	500	6.816	4.281

Monat	Region	Erwerbstätige weibliche ALG II-Bezieher unter 25 Jahre					
		Bestand soz. pfl. Vollzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand soz. pfl. Teilzeit beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Bestand geringfügig beschäftigte ALG II-Bezieher	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
		3	4	1	2	5	6
Juni 2009	Bayern	3.401	2.470	982	665	7.289	4.804
	Saarland	490	361	93	60	1.040	689
	Berlin	3.372	2.699	1.005	724	7.393	5.125
	Brandenburg	2.257	1.810	757	613	4.689	3.353
	Mecklenburg-Vorpommern	2.327	1.823	644	532	4.018	3.011
	Sachsen	4.343	3.351	1.245	957	8.685	6.247
	Sachsen-Anhalt	2.679	2.155	787	603	5.075	3.700
	Thüringen	1.841	1.420	419	328	3.402	2.463
	Deutschland	41.202	31.313	11.691	8.270	94.290	62.766
	Westdeutschland	24.383	18.055	6.834	4.513	61.028	38.867
Ostdeutschland	16.819	13.258	4.857	3.757	33.262	23.899	
Juni 2010	Schleswig-Holstein	1.369	995	426	287	3.464	2.256
	Hamburg	902	628	354	233	2.352	1.445
	Niedersachsen	3.248	2.414	1.063	733	9.139	5.929
	Bremen	426	320	139	96	1.242	819
	Nordrhein-Westfalen	6.938	5.010	2.126	1.415	20.236	12.777
	Hessen	2.286	1.662	665	429	5.773	3.679
	Rheinland-Pfalz	1.481	1.083	408	264	3.536	2.309
	Baden-Württemberg	2.693	1.917	813	497	7.032	4.425
	Bayern	3.072	2.098	1.013	726	6.959	4.538
	Saarland	441	300	115	85	1.012	643
	Berlin	3.031	2.314	932	654	7.080	4.800
	Brandenburg	1.985	1.533	668	548	4.157	3.046
	Mecklenburg-Vorpommern	1.885	1.422	588	493	3.436	2.528
	Sachsen	3.735	2.691	1.107	885	7.625	5.397
	Sachsen-Anhalt	2.195	1.672	684	547	4.379	3.192
Thüringen	1.596	1.136	426	344	3.165	2.184	
Deutschland	37.284	27.196	11.526	8.236	90.587	59.966	
Westdeutschland	22.856	16.427	7.122	4.765	60.745	38.820	
Ostdeutschland	14.427	10.768	4.405	3.471	29.842	21.147	
Juni 2011	Schleswig-Holstein	1.224	921	379	276	3.185	2.155
	Hamburg	781	558	321	230	2.170	1.388
	Niedersachsen	2.965	2.215	1.036	732	8.597	5.669
	Bremen	368	275	153	98	1.137	772
	Nordrhein-Westfalen	6.524	4.742	2.171	1.501	19.441	12.570
	Hessen	1.931	1.407	633	414	5.377	3.422
	Rheinland-Pfalz	1.307	915	380	261	3.342	2.132
	Baden-Württemberg	2.391	1.759	768	498	6.451	4.138
	Bayern	2.673	1.886	902	642	6.177	4.105
	Saarland	424	297	96	63	956	594
	Berlin	2.719	2.092	908	660	6.531	4.466
	Brandenburg	1.572	1.203	639	498	3.540	2.546
	Mecklenburg-Vorpommern	1.643	1.258	552	439	3.050	2.201
	Sachsen	3.148	2.191	1.122	895	6.552	4.560
	Sachsen-Anhalt	1.871	1.408	705	550	3.762	2.686
	Thüringen	1.316	937	356	283	2.636	1.824
	Deutschland	32.857	24.064	11.121	8.040	82.904	55.228
	Westdeutschland	20.588	14.975	6.839	4.715	56.833	36.945
Ostdeutschland	12.269	9.089	4.282	3.325	26.071	18.283	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
 Ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand: November 2012

Tabelle 11: Anteil langzeitarbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren an allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren

Die Daten kommen aus den IT-Systemen der Bundesagentur für Arbeit, **ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger** und basieren auf nicht-revidierten Ergebnissen. Sie können deshalb geringfügig von den Zahlen der integrierten Arbeitslosenstatistik abweichen (vgl. Methodenbericht „Integrierte Arbeitslosenstatistik“).

Region	Berichtsjahr	Insgesamt	Männer	Frauen	schwer- behinderte Menschen	mit Akademischer Ausbildung
		1	2	3	5	6
Deutschland	2005	7,6	7,9	7,3	15,9	2,6
	2006	10,4	10,1	10,7	18,7	3,7
Schleswig-Holstein	2005	8,0	8,8	6,7	17,0	4,5
	2006	10,8	10,8	10,8	15,9	5,4
Hamburg	2005	5,2	5,4	4,8	14,3	1,4
	2006	9,0	9,2	8,7	16,3	3,6
Niedersachsen	2005	6,4	7,0	5,6	13,9	2,3
	2006	11,1	10,7	11,6	18,5	4,0
Bremen	2005	7,5	9,3	5,1	14,3	.
	2006	10,8	11,0	10,5	25,1	0,5
Nordrhein-Westfalen	2005	7,6	8,1	6,8	17,9	2,6
	2006	12,0	12,0	12,0	23,8	6,2
Hessen	2005	7,4	7,7	7,1	17,6	3,1
	2006	11,2	11,2	11,3	19,1	5,4
Rheinland-Pfalz	2005	6,6	6,6	6,5	15,9	3,6
	2006	8,8	8,1	9,6	18,3	3,5
Baden-Württemberg	2005	6,4	6,6	6,0	15,8	2,1
	2006	7,6	7,5	7,8	18,0	3,9
Bayern	2005	6,2	6,2	6,2	15,5	2,7
	2006	8,6	7,9	9,5	17,5	2,8
Saarland	2005	6,7	6,7	6,6	13,1	2,6
	2006	6,0	5,3	6,9	10,5	8,2
Berlin	2005	10,0	11,0	8,6	15,8	3,3
	2006	13,3	14,1	12,2	19,1	3,0
Brandenburg	2005	8,4	8,3	8,6	15,9	2,1
	2006	9,5	9,0	10,2	16,3	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	2005	9,8	9,9	9,6	14,9	2,3
	2006	7,2	7,2	7,3	12,6	1,6
Sachsen	2005	8,1	7,3	9,1	13,0	2,5
	2006	11,4	10,9	12,0	16,8	2,3
Sachsen-Anhalt	2005	10,3	10,2	10,6	19,8	3,3
	2006	11,0	10,1	12,4	18,7	4,7
Thüringen	2005	8,3	8,1	8,6	12,9	1,9
	2006	9,5	9,0	10,2	15,8	1,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 12: Anteil langzeitarbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren an allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren

Region	Berichtsjahr	Insgesamt	Männer	Frauen	schwer- behinderte Menschen	mit Akademischer Ausbildung
		1	2	3	5	6
Deutschland	2007	13,1	11,9	14,5	21,6	.
	2008	10,0	9,0	11,2	19,2	.
	2009	7,6	6,7	9,0	16,6	1,4
	2010	8,5	8,0	9,2	17,5	1,3
	2011	8,3	7,9	8,8	16,2	0,9
	2012 ¹⁾	8,5	8,2	8,9	15,5	1,2
Schleswig-Holstein	2007	13,4	11,8	15,4	21,7	.
	2008	10,4	8,9	12,6	16,3	.
	2009	7,6	6,6	9,2	17,8	8,9
	2010	8,0	7,4	9,0	15,2	3,4
	2011	7,1	6,8	7,5	16,4	1,4
	2012 ¹⁾	7,3	7,1	7,7	14,2	1,6
Hamburg	2007	12,0	12,0	12,0	27,6	.
	2008	7,8	7,6	8,0	20,4	.
	2009	5,3	5,5	5,1	18,1	2,9
	2010	4,7	4,7	4,6	14,1	1,3
	2011	2,4	2,4	2,4	9,7	0,8
	2012 ¹⁾	3,0	3,2	2,7	7,3	0,5
Niedersachsen	2007	13,6	12,1	15,5	19,8	.
	2008	9,5	8,2	11,2	18,0	.
	2009	6,6	5,7	7,9	17,0	0,6
	2010	6,7	6,4	7,3	16,4	0,8
	2011	6,8	6,3	7,3	15,9	1,0
	2012 ¹⁾	6,6	6,0	7,3	12,2	0,8
Bremen	2007	14,1	13,5	14,9	30,2	.
	2008	12,4	11,2	13,9	32,9	.
	2009	11,8	11,2	12,6	30,1	0,5
	2010	12,8	13,1	12,3	23,8	0,3
	2011	12,9	12,6	13,4	19,4	1,9
	2012 ¹⁾	14,4	14,1	15,0	22,9	0,7
Nordrhein-Westfalen	2007	16,1	14,6	18,0	28,2	.
	2008	12,3	11,0	13,8	24,1	.
	2009	10,0	8,9	11,7	20,1	2,8
	2010	11,8	11,2	12,7	20,9	2,2
	2011	11,9	11,3	12,6	20,0	1,3
	2012 ¹⁾	11,6	11,2	12,2	19,0	1,9
Hessen	2007	17,6	15,7	19,8	23,1	.
	2008	13,5	12,2	15,1	21,9	.
	2009	10,0	8,7	11,9	18,4	1,3
	2010	10,8	10,2	11,7	21,1	2,0
	2011	9,9	9,4	10,5	19,3	1,1
	2012 ¹⁾	8,8	8,2	9,4	17,1	1,0
Rheinland-Pfalz	2007	9,0	7,5	10,8	17,8	.
	2008	6,5	5,3	8,0	15,3	.
	2009	5,7	4,8	7,2	15,6	0,6
	2010	6,8	6,3	7,6	18,6	0,7
	2011	6,1	5,5	7,0	14,7	0,4
	2012 ¹⁾	6,1	5,6	6,8	15,2	0,3
Baden-Württemberg	2007	8,2	7,2	9,3	17,5	.
	2008	4,8	4,2	5,4	13,3	.
	2009	3,4	2,9	4,3	12,6	0,6
	2010	5,1	4,8	5,5	16,6	0,6
	2011	4,3	3,9	4,8	11,8	0,5
	2012 ¹⁾	3,5	3,1	4,0	10,5	0,6

Tabelle 12: Anteil langzeitarbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren an allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren

Region	Berichtsjahr	Insgesamt	Männer	Frauen	schwer- behinderte Menschen	mit Akademischer Ausbildung
		1	2	3	5	6
Bayern	2007	7,9	6,8	9,2	16,3	.
	2008	5,4	4,5	6,6	12,7	.
	2009	2,8	2,2	3,8	9,6	0,3
	2010	3,9	3,3	4,8	12,0	0,7
	2011	4,0	3,4	4,6	11,0	0,4
	2012 ¹⁾	3,6	3,0	4,2	9,9	0,8
Saarland	2007	6,4	5,8	7,1	21,2	.
	2008	6,3	5,6	7,3	20,7	.
	2009	4,9	4,0	6,3	13,8	.
	2010	6,3	5,6	7,3	19,7	0,3
	2011	7,0	6,3	7,9	17,8	0,6
	2012 ¹⁾	8,1	7,8	8,4	23,3	.
Berlin	2007	16,5	17,0	15,8	23,3	.
	2008	12,5	13,1	11,8	21,5	.
	2009	10,2	10,3	10,0	18,0	2,0
	2010	10,0	10,3	9,6	19,0	1,8
	2011	9,3	9,6	8,9	20,9	0,9
	2012 ¹⁾	11,8	12,6	10,8	20,6	1,8
Brandenburg	2007	16,6	14,9	19,0	23,2	.
	2008	13,2	11,4	15,6	21,0	.
	2009	10,9	9,6	13,1	19,7	2,6
	2010	10,0	9,1	11,2	20,6	2,0
	2011	10,2	9,3	11,6	17,3	1,0
	2012 ¹⁾	11,0	10,2	12,1	19,4	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	2007	6,7	6,3	7,3	11,6	.
	2008	4,9	4,4	5,6	12,2	.
	2009	3,7	3,3	4,3	7,9	0,2
	2010	3,6	3,5	3,8	10,0	0,5
	2011	4,3	4,1	4,7	9,9	0,2
	2012 ¹⁾	6,2	5,9	6,6	11,5	1,8
Sachsen	2007	15,2	13,7	16,9	22,2	.
	2008	12,1	10,8	13,7	21,3	.
	2009	10,1	8,9	11,8	20,3	1,4
	2010	10,6	10,0	11,5	17,7	1,2
	2011	10,3	9,8	10,8	17,1	1,0
	2012 ¹⁾	9,9	9,5	10,4	16,1	1,1
Sachsen-Anhalt	2007	11,5	10,3	13,0	20,4	.
	2008	9,9	8,8	11,4	21,6	.
	2009	8,2	7,1	9,8	18,9	0,1
	2010	8,5	7,7	9,5	17,7	0,1
	2011	7,5	7,0	8,0	14,3	.
	2012 ¹⁾	8,7	8,4	9,1	16,3	1,3
Thüringen	2007	9,2	8,3	10,4	18,5	.
	2008	6,9	6,0	8,0	16,8	.
	2009	5,4	4,4	6,9	13,7	0,6
	2010	5,8	5,0	6,9	11,4	0,9
	2011	5,4	4,8	6,2	8,4	1,4
	2012 ¹⁾	5,7	5,1	6,6	10,1	1,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ 11-Monats-Durchschnitt

Tabelle 13: Durchschnittliche Anspruchshöhe in Euro der Empfänger von Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit (nach dem SGB III) insgesamt und unter 25 Jahre

Alter	Durchschnittliche Anspruchshöhe in Euro der Arbeitslosengeld I-Empfänger									
	2004 1	2005 2	2006 3	2007 4	2008 5	2009 6	2010 7	2011 8		
	Region									
	Schleswig-Holstein	780	788	788	771	752	776	802	815	
	Hamburg	806	809	819	814	795	799	831	857	
	Niedersachsen	768	776	778	764	746	755	788	795	
	Bremen	761	760	766	763	732	744	771	790	
	Nordrhein-Westfalen	812	822	831	818	789	796	828	844	
	Hessen	814	819	832	818	790	800	841	861	
	Rheinland-Pfalz	775	778	787	775	756	761	791	810	
	Baden-Württemberg	807	813	824	825	803	814	855	877	
	Bayern	806	810	817	812	810	812	857	880	
	Saarland	745	763	775	768	747	753	762	805	
	Berlin	760	760	759	743	730	727	759	786	
	Brandenburg	689	692	686	670	653	656	679	706	
	Mecklenburg-Vorpommern	668	665	651	633	629	642	667	703	
	Sachsen	674	674	670	652	638	645	673	707	
	Sachsen-Anhalt	678	677	665	648	638	638	660	693	
	Thüringen	672	671	667	654	647	647	680	715	
	Deutschland	766	771	775	765	746	758	793	812	
	Westdeutschland	799	806	814	804	784	793	829	846	
	Ostdeutschland	690	689	683	666	655	658	686	719	
	Schleswig-Holstein	509	472	429	419	435	465	459	480	
	Hamburg	514	475	438	438	443	466	463	481	
	Niedersachsen	524	488	442	426	436	472	469	482	
	Bremen	512	465	419	416	418	459	449	485	
	Nordrhein-Westfalen	523	492	459	444	456	496	476	497	
	Hessen	520	489	452	439	443	484	476	511	
	Rheinland-Pfalz	512	476	448	435	444	483	468	494	
	Baden-Württemberg	547	522	494	481	491	558	537	541	
	Bayern	551	526	499	485	501	539	532	552	
	Saarland	477	460	436	421	430	473	447	463	
	Berlin	483	436	381	367	379	400	416	474	
	Brandenburg	468	411	351	341	348	374	384	461	
	Mecklenburg-Vorpommern	459	400	326	313	325	355	369	478	
	Sachsen	476	424	356	335	335	368	373	474	
	Sachsen-Anhalt	484	410	351	333	343	370	379	484	
	Thüringen	484	434	370	356	365	396	408	496	
	Deutschland	510	472	428	412	421	468	461	499	
	Westdeutschland	529	499	465	451	462	506	491	509	
	Ostdeutschland	473	420	355	339	347	376	386	477	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
 Zeitreihe, Datenstand: November 2012

טבלה 17. דורכשניטליכע אנטפראכונגס שטוימע אין יורו פאר ארבעטלעזע פראכטונגס אנטפראכונגס אונטער 25 יארע צו געשלאכט

Alter	Region	Durchschnittliche Anspruchshöhe in Euro der Arbeitslosengeld I-Empfänger unter 25 Jahre							
		2004 1	2005 2	2006 3	2007 4	2008 5	2009 6	2010 7	2011 8
Männer	Schleswig-Holstein	554	507	453	439	464	494	484	505
	Hamburg	555	505	454	454	459	484	483	496
	Niedersachsen	574	531	474	456	469	507	502	515
	Bremen	561	499	445	444	449	491	480	514
	Nordrhein-Westfalen	569	530	487	469	486	531	506	524
	Hessen	562	523	480	463	473	515	503	534
	Rheinland-Pfalz	561	513	481	463	477	522	504	526
	Baden-Württemberg	601	568	539	520	534	606	581	582
	Bayern	598	569	539	520	540	576	567	590
	Saarland	522	497	468	448	464	515	481	494
	Berlin	522	465	396	379	390	414	428	485
	Brandenburg	511	440	365	352	361	393	400	475
	Mecklenburg-Vorpommern	500	424	332	314	330	368	380	491
	Sachsen	516	453	342	342	341	378	381	483
	Sachsen-Anhalt	510	441	367	340	350	386	393	496
	Thüringen	527	463	386	364	380	414	426	506
	Deutschland	555	507	454	431	444	499	487	524
	Westdeutschland	577	539	498	480	494	543	524	539
Ostdeutschland	515	448	369	346	356	390	398	488	
Frauen	Schleswig-Holstein	436	418	394	390	391	412	417	446
	Hamburg	457	435	418	418	421	438	435	460
	Niedersachsen	437	416	394	384	390	407	416	438
	Bremen	427	415	385	382	380	404	405	448
	Nordrhein-Westfalen	449	433	419	412	416	430	426	460
	Hessen	459	440	413	406	403	427	435	482
	Rheinland-Pfalz	438	421	403	398	398	409	412	462
	Baden-Württemberg	475	462	443	440	445	476	473	493
	Bayern	476	459	442	438	449	473	477	503
	Saarland	408	403	390	385	386	395	393	423
	Berlin	428	396	361	349	363	379	397	458
	Brandenburg	390	358	326	323	326	339	354	437
	Mecklenburg-Vorpommern	388	361	317	312	319	332	352	457
	Sachsen	405	373	331	325	326	348	358	460
	Sachsen-Anhalt	387	369	325	324	332	340	354	464
	Thüringen	406	383	347	345	344	361	375	482
	Deutschland	438	417	392	386	389	414	419	466
	Westdeutschland	455	439	420	414	418	440	440	469
Ostdeutschland	401	372	334	328	333	350	364	459	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Bund und Länder, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags Zeitreihe, Datenstand: November 2012

Tabelle 15: Durchschnittliche gesamte Zahlungsansprüche und Zahlungsansprüche von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Arbeitslosengeld II (ALG II) unter 25 Jahre

Stichtag	Region	Durchschnittliche Gesamtleistung in Euro	Durchschnittliches ALG II in Euro
		1	2
Dezember 2007	Schleswig-Holstein	339	143
	Hamburg	366	141
	Niedersachsen	321	141
	Bremen	348	146
	Nordrhein-Westfalen	341	143
	Hessen	325	134
	Rheinland-Pfalz	314	138
	Baden-Württemberg	305	129
	Bayern	327	136
	Saarland	335	144
	Berlin	382	153
	Brandenburg	335	144
	Mecklenburg-Vorpommern	350	149
	Sachsen	343	146
	Sachsen-Anhalt	326	145
	Thüringen	329	142
	Deutschland	337	142
Westdeutschland	331	139	
Ostdeutschland	348	147	
Dezember 2008	Schleswig-Holstein	346	144
	Hamburg	371	142
	Niedersachsen	325	139
	Bremen	359	148
	Nordrhein-Westfalen	347	144
	Hessen	326	132
	Rheinland-Pfalz	320	139
	Baden-Württemberg	319	132
	Bayern	335	138
	Saarland	348	148
	Berlin	383	150
	Brandenburg	349	148
	Mecklenburg-Vorpommern	368	155
	Sachsen	352	148
	Sachsen-Anhalt	340	148
	Thüringen	336	146
	Deutschland	344	143
Westdeutschland	338	140	
Ostdeutschland	358	149	
Dezember 2009	Schleswig-Holstein	361	149
	Hamburg	386	146
	Niedersachsen	339	143
	Bremen	376	154
	Nordrhein-Westfalen	362	149
	Hessen	342	136
	Rheinland-Pfalz	337	147
	Baden-Württemberg	336	138
	Bayern	354	143
	Saarland	366	153
	Berlin	392	153
	Brandenburg	372	156
	Mecklenburg-Vorpommern	383	161
	Sachsen	367	154
	Sachsen-Anhalt	357	155
	Thüringen	354	153
	Deutschland	359	148
Westdeutschland	353	145	
Ostdeutschland	374	155	

Tabelle 16: Anteil von Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Personen unter 25 Jahre (Alter bei Eintritt) mit Kostenträgerschaft im Rechtskreis SGB II an allen Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Personen unter 25 Jahre

Instrumente	Anteile in Prozent						
	2005 ¹⁾	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	1	2	3	4	5	6	7
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	51,4	60,0	45,1	50,6	53,8	71,1	78,9
Vermittlungsbudget	-	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	-	-	-	-	54,0	71,4	79,8
darunter: bei einem Arbeitgeber	-	-	-	-	38,5	43,6	49,1
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	8,9	19,0	14,5	19,8	13,9	12,3	7,6
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	-	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beauftragung Dritter mit Vermittlung	53,6	60,1	48,6	51,7	54,8	99,5	-
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	40,6	60,9	35,2	43,2	19,4	51,8	-
Berufswahl und Berufsausbildung, darunter ²⁾	6,4	9,7	15,8	16,1	15,3	15,7	14,6
Berufseinstiegsbegleitung ³⁾	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung ⁴⁾	-	-	18,0	22,1	25,0	26,9	28,0
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	13,7	4,6	7,4	7,2	6,3	6,7	6,2
Außerbetriebliche Berufsausbildung ⁴⁾	4,9	20,2	32,9	36,9	39,0	40,9	42,0
Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen ⁴⁾	3,7	5,2	7,9	11,1	11,8	11,9	12,2
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung ⁴⁾	7,0	3,4	2,0	3,6	4,8	3,2	1,5
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	24,0	18,7	31,8	34,7	37,1	46,7	48,0
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	7,9	60,2	68,3	82,1	92,5	91,6	98,1
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat. Ausb. pakt)	27,4	15,9	23,5	30,5	100,0	100,0	100,0
Berufliche Weiterbildung, darunter	38,6	55,2	59,6	57,6	48,6	49,1	45,2
berufliche Weiterbildung	25,6	53,8	59,3	57,3	48,1	53,6	50,9
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha ⁴⁾	-	100,0	100,0	41,0	35,6	30,2	23,8
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter ⁴⁾	1,6	18,2	11,4	3,3	1,4	1,6	0,9
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	-	-	-	-	-	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	51,5	57,3	58,8	61,0	63,6	99,1	-
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen Reha	16,0	37,4	32,2	43,3	57,0	84,6	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	10,3	24,8	27,2	29,4	29,2	30,5	27,4
Förderung abhängiger Beschäftigung	20,8	44,4	42,7	42,6	37,7	44,0	43,2
Eingliederungszuschuss ⁴⁾	32,5	46,2	42,5	40,5	34,3	42,0	44,4
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte ⁴⁾	10,6	11,5	16,0	17,4	17,2	17,8	16,9
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	-	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Personal-Service-Agenturen	4,8	20,3	19,9	23,6	42,5	47,6	100,0
Einstellungszuschuss für Neugründungen	19,3	45,1	43,9	45,9	50,0	100,0	-
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	7,2	26,2	28,3	19,4	21,1	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	54,9	70,0	70,3	83,7	93,8
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung) ⁴⁾	-	-	-	-	-	100,0	100,0
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-
Förderung der Selbständigkeit	1,8	5,6	6,4	6,8	6,0	4,8	3,8
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	-
Existenzgründerzuschuss (Ih-AG)	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen, darunter ⁵⁾	0,7	2,7	3,4	2,9	1,5	1,0	0,7
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	5,9	18,6	27,4	26,3	21,2	20,4	20,1
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	1,6	-	1,9	0,7	0,2	-
Einzelfallförderung	-	-	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	-	-	-	-	-	-	-
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	89,1	97,1	97,5	96,0	98,7	99,1	98,9
Arbeitsgelegenheiten	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Förderung von Arbeitsverhältnissen	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	-	-	-	-	-	-	100,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	42,2	77,4	73,6	74,9	63,1	6,8	0,1
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	0,3	0,2	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	27,2	64,7	79,0	100,0	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	43,6	72,6	77,0	76,6	75,6	84,1	86,3
Freie Förderung SGB II	-	-	-	-	100,0	100,0	100,0
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-
sonstige weitere Leistungen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europäischer Globalisierungsfonds	-	-	-	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	21,6	53,2	39,5	35,5	31,3	30,3	26,1
nachrichtlich: kommunale Eingliederungsleistungen ⁶⁾	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Januar 2005 - August 2012, Datenstand: November 2012

1) Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkt). Ohne Daten zu den Instrumenten AGH 04 und JUMP+.

2) Es ist von einer Unterefassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - März 2012, Datenstand Juni 2012, nur ca. 59 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen (funktionsfähige Leistungen) erfasst.

3) Ab Berichtsmonat Aug. 2012 bis Berichtsmonat Nov. 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Unterefassung vor. Dies hat keine Auswirkung auf die Kostenträgerschaft insgesamt.

4) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Unterefassung der Teilnahmen auszugehen.

5) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

6) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Stichtag	Region	Durchschnittliche Gesamtleistung in Euro	Durchschnittliches ALG II in Euro
		1	2
Dezember 2010	Schleswig-Holstein	352	140
	Hamburg	373	136
	Niedersachsen	333	132
	Bremen	369	144
	Nordrhein-Westfalen	352	139
	Hessen	331	125
	Rheinland-Pfalz	326	137
	Baden-Württemberg	323	126
	Bayern	346	135
	Saarland	359	146
	Berlin	381	143
	Brandenburg	370	152
	Mecklenburg-Vorpommern	378	154
	Sachsen	357	146
	Sachsen-Anhalt	347	148
	Thüringen	339	142
	Deutschland	350	138
Westdeutschland	344	135	
Ostdeutschland	365	147	
Dezember 2011	Schleswig-Holstein	343	139
	Hamburg	356	129
	Niedersachsen	324	130
	Bremen	360	142
	Nordrhein-Westfalen	343	136
	Hessen	317	119
	Rheinland-Pfalz	311	131
	Baden-Württemberg	307	120
	Bayern	334	132
	Saarland	352	147
	Berlin	369	140
	Brandenburg	353	146
	Mecklenburg-Vorpommern	365	153
	Sachsen	342	144
	Sachsen-Anhalt	332	144
	Thüringen	325	137
	Deutschland	338	135
Westdeutschland	333	132	
Ostdeutschland	351	143	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bund und Länder (Daten der plausiblen Kreise auf Bundesebene hochgerechnet), Gebietsstand des jeweiligen Stichtags
Zeitreihe, Datenstand: November 2012

Tabelle 17: Anteile von Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Personen unter 25 Jahre (Alter bei Eintritt) mit Kostenträgerschaft im Rechtskreis SGB III an allen Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Personen unter 25 Jahre

Instrumente	Anteile in Prozent						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	1	2	3	4	5	6	7
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	48,6	40,0	54,9	49,4	46,4	28,9	21,1
Vermittlungsbudget	-	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	-	-	-	-	46,0	28,6	20,2
darunter: bei einem Arbeitgeber	-	-	-	-	61,5	56,4	50,9
Probeschäftigung behinderter Menschen	91,1	81,0	85,5	80,2	86,1	87,7	92,4
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	-	-	-	-	-	-	-
Beauftragung Dritter mit Vermittlung	46,4	39,9	51,4	48,3	45,2	0,5	-
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	59,2	39,1	64,8	58,8	80,8	48,2	-
Berufswahl und Berufsausbildung, darunter¹⁾	93,9	90,3	84,2	81,9	81,7	84,3	85,4
Berufseinstiegsbegleitung ²⁾	-	-	-	-	100,0	100,0	100,0
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Einstiegsqualifizierung ⁴⁾	-	-	82,0	77,9	75,0	73,1	72,0
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	86,3	95,4	92,6	92,8	93,7	93,3	93,8
Außerbetriebliche Berufsausbildung ⁴⁾	95,1	79,8	67,1	63,1	61,0	59,1	58,0
Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen ⁴⁾	96,3	94,8	92,1	88,9	88,2	86,1	87,8
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung ⁴⁾	92,1	96,6	98,0	96,4	95,2	96,8	98,5
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	100,0	100,0	100,0	100,0
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	78,0	81,3	68,2	65,3	62,9	53,3	52,0
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	92,1	39,8	31,7	17,9	7,5	8,4	1,9
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	72,6	84,1	76,5	69,5	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	61,4	44,8	41,4	42,4	51,4	50,9	54,8
berufliche Weiterbildung	74,4	46,2	40,7	42,7	51,8	46,2	49,1
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha ⁴⁾	-	-	-	59,0	64,4	69,8	76,2
Arbeitseinkommenszuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter ⁴⁾	98,4	81,8	89,6	98,7	98,8	98,4	99,1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	-	-	-	100,0	100,0	100,0	100,0
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	48,5	42,7	41,2	39,0	36,4	0,9	-
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen Reha	84,0	62,6	67,8	56,7	43,0	15,2	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	89,7	75,2	72,9	70,6	71,8	69,5	72,6
Förderung abhängiger Beschäftigung	79,2	56,6	57,3	57,4	62,3	56,0	56,8
Eingliederungszuschuss ⁴⁾	67,5	51,8	57,5	59,5	65,7	58,0	56,6
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte ⁴⁾	89,4	88,5	84,0	82,6	82,8	82,2	82,2
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-
Personal-Service-Agenturen	96,2	79,7	80,1	78,4	57,5	52,2	-
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	80,7	54,9	56,1	54,1	50,8	-	-
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	92,8	73,8	71,7	80,6	78,9	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	45,1	30,0	20,7	16,3	6,2
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung) ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	100,0	-	-	-	-	-	-
Förderung der Selbständigkeit	98,2	94,4	93,6	93,2	94,0	95,2	96,2
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	-	-	-	-	-	-	-
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Überbrückungsgeld für Selbständige	100,0	100,0	100,0	-	-	-	-
Existenzgründerzuschuss (ICh-AG)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen, darunter¹⁾	99,3	97,3	96,6	97,1	98,5	99,0	99,3
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	94,1	81,4	72,6	73,7	78,8	79,6	79,9
Eignungsabklärung/Berufsfindung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	100,0	98,4	97,8	98,1	99,3	99,8	100,0
Einzelfallförderung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	100,0	100,0	100,0
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	10,9	2,9	2,5	2,0	1,3	0,9	1,1
Arbeitsgelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-
Förderung von Arbeitsverhältnissen	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	57,8	22,6	26,4	25,1	36,9	93,2	69,9
Strukturpassungsmaßnahmen traditionell	99,7	99,8	100,0	100,0	-	-	-
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	72,8	35,3	21,0	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	56,2	27,4	23,0	21,4	24,4	15,9	3,7
Freie Förderung SGB II	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
sonstige weitere Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
Europäischer Globalisierungsfonds	-	-	-	-	-	100,0	100,0
Deutsch-Sprachförderung	100,0	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	78,4	66,6	64,6	64,5	68,2	69,7	73,9
nachrichtlich: kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Januar 2005 - August 2012, Datenstand: November 2012

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - März 2012, Datenstand Juni 2012, nur ca. 59 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen (flankierende Leistungen) erfasst.

4) Ab Berichtsmonat Aug. 2012 bis Berichtsmonat Nov. 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Über-, bei der Kostenträgerschaft SGB III eine starke Untererfassung vor. Dies hat keine Auswirkung auf die Kostenträgerschaft insgesamt.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 18: Zugang erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb) insgesamt und unter 25 Jahre ohne Vorbezug von Arbeitslosengegeld I - differenziert nach Geschlecht

Berichtsmonat	Region	eLb insgesamt			eLb unter 25 Jahre			
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Anteil eLb U25 an eLb insgesamt (Sp. 4 an Sp. 1)	Männer	Frauen
		1	2	3	4	5	6	7
Juni 2011	Schleswig-Holstein	2.664	1.253	1.411	1.070	40,2	523	547
	Hamburg	2.066	967	1.099	648	31,4	294	354
	Niedersachsen	7.632	3.567	4.065	2.873	37,6	1.392	1.481
	Bremen	1.040	509	531	367	35,3	194	173
	Nordrhein-Westfalen	18.202	8.098	10.104	7.082	38,9	3.320	3.762
	Hessen	5.612	2.609	3.003	1.944	34,6	935	1.009
	Rheinland-Pfalz	3.371	1.540	1.831	1.196	35,5	537	659
	Baden-Württemberg	6.338	2.726	3.612	2.146	33,9	964	1.182
	Bayern	6.456	2.858	3.598	2.150	33,3	956	1.194
	Saarland	939	429	510	327	34,8	160	167
	Berlin	6.000	3.143	2.857	1.860	31,0	922	938
	Brandenburg	2.545	1.195	1.350	951	37,4	437	514
	Mecklenburg-Vorpommern	1.807	879	928	618	34,2	292	326
	Sachsen	3.905	1.830	2.075	1.291	33,1	554	737
	Sachsen-Anhalt	2.762	1.311	1.451	1.012	36,6	465	547
	Thüringen	2.029	934	1.095	678	33,4	284	394
	Deutschland	73.368	33.848	39.520	26.213	35,7	12.229	13.984
	Westdeutschland	54.320	24.556	29.764	19.803	36,5	9.275	10.528
Ostdeutschland	19.048	9.292	9.756	6.410	33,7	2.954	3.456	
Juni 2012	Schleswig-Holstein	2.621	1.194	1.427	1.029	39,3	477	552
	Hamburg	2.002	938	1.064	633	31,6	299	334
	Niedersachsen	7.300	3.396	3.904	2.728	37,4	1.293	1.435
	Bremen	1.018	526	492	371	36,4	199	172
	Nordrhein-Westfalen	17.468	7.689	9.779	6.747	38,6	3.198	3.548
	Hessen	5.401	2.428	2.972	1.854	34,3	871	983
	Rheinland-Pfalz	2.986	1.390	1.596	1.121	37,5	509	612
	Baden-Württemberg	6.107	2.714	3.393	2.051	33,6	959	1.092
	Bayern	6.167	2.720	3.447	2.024	32,8	915	1.109
	Saarland	847	385	462	342	40,4	162	180
	Berlin	5.639	2.896	2.743	1.668	29,6	823	845
	Brandenburg	2.297	1.078	1.219	824	35,9	385	439
	Mecklenburg-Vorpommern	1.651	780	872	521	31,6	237	284
	Sachsen	3.457	1.659	1.798	1.069	30,9	488	581
	Sachsen-Anhalt	2.501	1.169	1.332	868	34,7	390	478
	Thüringen	1.813	831	982	636	35,1	263	373
	Deutschland	69.275	31.793	37.482	24.486	35,3	11.469	13.017
	Westdeutschland	51.917	23.380	28.536	18.900	36,4	8.883	10.017
Ostdeutschland	17.358	8.413	8.946	5.586	32,2	2.586	3.000	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bund und Länder (Daten der plausiblen Kreise auf Bundesbene hochgerechnet), Gebietsstand des jeweiligen Stichtags

Zeitreihe, Datenstand: November 2012